

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

3) Hospizkarenz/Krankenversicherung

GR. **Kolar** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Seit dem Jahr 2005 haben städtische Bedienstete, also Bediensteten des Magistrates Graz, die Möglichkeit, Hospizkarenz in Anspruch zu nehmen, um bei nahen Angehörigen der verantwortungsvollen und schwierigen Aufgabe der Sterbebegleitung nachzukommen. Allerdings, und das ist gerade in einer solchen Situation ein großes Manko: In der Zeit der Hospizkarenz gibt es für BeamtInnen keinen Versicherungsschutz, ich spreche hier von der Krankenversicherung, höchstens sie bezahlen ihn selber. Ein Umstand, der zu Recht auch von der Personalvertretung hier im Hause dargelegt wurde. Denn in einer solch tragischen persönlichen Situation dann auch noch an eine Krankenversicherung oder andere Vorkommnisse denken zu müssen, ist wirklich nicht zumutbar.

Zumal auf Bundes- und Landesebene, meine Damen und Herren, sehr wohl längst entsprechende Lösungen gefunden wurden. Vertragsbedienstete, wie wir wissen, werden dort natürlich während des Hospizkarenz über das AMS versichert – das gibt insgesamt das ASVG vor, das gilt auch für unsere Vertragsbediensteten hier im Hause. Aber während bei uns in der Stadt Pragmatisierte in einer solchen Situation ohne Regelungen dastehen, kommen in den anderen Gebietskörperschaften der Bund beziehungsweise das Land Steiermark als Dienstgeber für die Krankenversicherung auf. Und eine vergleichbare Regelung sollte auch für die städtischen Bediensteten hier raschest eingeführt werden.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen umgehend überprüfen, wie für den Fall des Hospizkarenz für die städtischen Bediensteten analoge Regelungen in

Hinblick auf die Krankenversicherung geschaffen werden können, wie diese bereits für die Bediensteten des Bundes und des Landes Steiermark gelten (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser** zur Dringlichkeit: Dringlichkeit befindet sich schon in Arbeit.

GRin. **Binder**: Wir stimmen zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.

4) Unterstützung für den Neubau des Steirischen Blinden- und Sehbehindertenverbandsgebäudes

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein dringlicher Antrag bezieht sich auf den Neubau des Steirischen Blinden- und Sehbehindertenverbandes in der Augasse. Dieser Steirische Blinden- und Sehbehindertenverband existiert seit 1921 ist religiös und politisch unabhängig. Der Steirische Blinden- und Sehbehindertenverband hat an die 600 Mitglieder und organisiert Meetings, Vorträge und Seminare für SchülerInnen, Berufstätige und PensionistInnen. Ein Schwerpunkt

liegt in der Beratung und Begleitung von Eltern von Kindern mit starker Sehbehinderung oder mit blinden Kindern. Diese Betreuung, die dringend notwendig ist, beginnt nach der Geburt und reicht bis zum Training lebenspraktischer Fertigkeiten, die einen Schulbesuch und in der Folge ein eigenständiges Leben ermöglichen. Auch für SeniorInnen wird sehr viel von diesem Verband organisiert.

Das Gebäude, in dem der Steirische Binden- und Sehbehindertenverband lange Zeit untergebracht war, wurde 1948 als Färberei errichtet und entsprach daher bautechnisch nicht den Erfordernissen, die blinden und sehbehinderten Menschen die Orientierung und annähernd freie Beweglichkeit garantieren.

Bereits im Jahr 2006 wurde seitens der Stadtpolitik versprochen, für eine Förderung des dringend notwendigen barrierefreien Neubaus für den Steirischen Blinden- und Sehbehindertenverband zu sorgen. Bisher ist jedoch kein Baukostenzuschuss von der Stadt Graz gewährt worden.

Mit einem zeitgemäßen Neubau ist im September 2007 begonnen worden. Nun wird gerade der Rohestrich aufgebracht und die Fertigstellung ist für Dezember 2009 geplant. Bei der Finanzierung des Baues ist jedoch noch ein Betrag von 200.000,- Euro offen. Für die noch nicht finanzierte Einrichtung wird mit Kosten von zirka 100.000,- Euro gerechnet und für die Gartengestaltung mit Kosten von 60.000,- Euro.

Die Räumlichkeiten werden vom Steirischen Blinden- und Sehbehindertenverband natürlich auch anderen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt werden, es soll ein allgemeines lebendiges Begegnungszentrum für Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen, aber auch für Menschen ohne Behinderungen entstehen. Auch die Stadt Graz könnte für Veranstaltungen diese Räumlichkeiten nützen.

Die Menschenrechtsstadt Graz hat trotz mündlicher Zusagen bisher keinen Beitrag zu diesem notwendigen Neubau geleistet.

Daher darf ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen, der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt zu prüfen, inwieweit und in welchem Ausmaß ein Zuschuss der Stadt Graz an den Steirischen Blinden- und Sehbehindertenverband für die Fertigstellung des im Motivenbericht genannten Gebäudes sowie die Einrichtung und die Gartengestaltung im Jahr 2008 möglich ist. Das Ergebnis der Prüfung ist dem zuständigen Ausschuss im September 2008 vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

StRin. **Edlinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Gemeinderätin, liebe Sigi Binder! Mit Datum 14. Mai ist bei mir ein Schreiben des Obmanns des Steiermärkischen Blinden- und Sehbehindertenverbandes eingegangen, in dem er mich ersucht um einen einmaligen finanziellen Beitrag in der Höhe von 30.000 Euro als Subvention und Zuschuss seitens meines Ressorts zur Errichtung des Gebäudes. Ich habe daraufhin mein Büro gebeten, gleich einen Termin auszumachen, weil ich mir Dinge auch immer gerne vor Ort anschau, der Termin ist jetzt am 10. Juli, ich habe auch damals schon meine Abteilung beauftragt zu prüfen, obwohl wir dieses Schreiben erhalten haben nach Abschluss der Budgetverhandlungen, trotzdem zu prüfen, welche Möglichkeiten wir haben, um hier eine Unterstützung vorzusehen. Die Mitarbeiterin im Referat, die diese Abrechnungen und Subventionen etc. abwickelt, war darauf schon mehrmals in Kontakt, es haben noch Unterlagen gefehlt, da habe ich heute zu Mittag das Mail bekommen, dass die fehlenden Unterlagen, die wir noch brauchen, jetzt eingetroffen sind. Das heißt, eigentlich wäre es nicht dringlich, zumindest was die Förderung des Sozialressorts anlangt, aber es ist natürlich ein wichtiges Anliegen, deswegen werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag selbst zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohes Haus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen! Ich hoffe, ich werde bei meinen Ausführungen nicht zu sehr emotionell, aber ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu halten. Ich habe den Verband, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, über viele Jahre hindurch geführt und kenne die Probleme und Herausforderungen sehr genau.

Ich möchte Sie nur ein bisschen eintauchen in die Verbandsarbeit, in einen typischen Tag. Sie wissen, erblinden kann man in jedem Lebensalter, entweder als von Geburt Blinder, später, egal wann auch immer, ob das jetzt Arbeitsunfälle sind, Freizeitunfälle, Krankheit, Tumor, Alter, es gibt alles. Zur Kinderarbeit ganz kurz. Säuglinge bis zum Schuleintritt werden heutzutage über die Frühförderung sehr gut betreut. In unserem Neubau wird es eine sehr große Frühförderstelle geben, die sich steiermarkweit um einige hundert Kinder, möchte ich fast sagen, kümmern wird. Im Moment sind es noch nicht ganz so viele, aber man ist im Aufbau. Das ist sozusagen die Kinderarbeit. Integration ins Regelschulsystem gibt es seit dem Jahr 1984, zuvor gab es nur eine Spezialschule in Graz, die befreundete Institution des Odilieninstituts. Früher waren dort die Kinder sozusagen vom Volksschuleintritt bis zum Schulabschluss, polytechnischer Lehrgang oder neuntes Schuljahr eben. Heutzutage werden alle Blinden und hochgradig Sehbehinderten integriert, fast alle, alle die keine Zusatzbehinderung haben und integrierbar sind, aber es wird auch noch sehr, sehr oft versucht zu integrieren Kinder, die nicht wirklich sehr gut integrierbar sind, auf Grund ihrer geistigen oder intellektuellen Fähigkeiten. Man versucht aber trotzdem Integration durchzusetzen über Biegen und Brechen, das ist nicht immer gut, aber das ist ein Problem unserer Gesetzeslage. In dieser Zeit, dadurch dass alle Kinder integriert sind, können sie nicht mehr voneinander lernen, früher hat man als blindes Kind von den Mitschülerinnen und Mitschülern sehr, sehr viel gelernt. Wenn ich mich daran zurückerinnere, mit dem 18. Lebensjahr, als ich schon sehr, sehr schlecht gesehen habe und vieles sozusagen alleine nicht lösen konnte, ich habe gewusst, wenn das die anderen Blinden schaffen, dann muss ich es auch schaffen und dann geht es irgendwie. Und habe auch von anderen Blinden sehr, sehr viel gelernt. Dieses Networking kann nur durch einen Verband betrieben werden, durch verschiedene Camps, durch Unterhaltungsnachmittage, durch Elternabende, durch eine permanente Zusammenkunft der Eltern von sehbehinderten Kindern etc., das ist sozusagen das Schulsystem. Der Verband arbeitet in vielen Bereichen, ob das jetzt Mobilitätscamps sind, ob das Fördercamps sind, ob das ständige Zusammenkünfte sind im Vereinszentrum, das war bisher nur möglich in vielen Lokalen in Graz und sehr oft auch wirklich auf der freien Wiese und meist war es unmöglich, die nötigen Räume zu finden. Es ist aus diesem Grund auch sehr viel an Arbeit nicht so geleistet worden, wie das eigentlich notwendig gewesen wäre. Dann beim Eintritt ins Berufsleben ist zu sagen, dass in der heutigen Zeit

Menschen mit Blindheit oder hochgradiger Sehbehinderung in vielen Bereichen sehr gut integriert werden können. Man hat sich Nischen erarbeitet, die auf Grund des technischen Fortschritts sehr gut möglich sind. Der Verband hat auch eine sogenannte technische Assistenz und kümmert sich erstens darum, dass die Blinden mit den nötigen Hilfsmitteln versorgt werden und dass die Blinden auch in diesen Bereichen geschult werden. Die technische Assistenz findet Graz weit sehr, sehr gut Anklang und laut Statistik, die ich heute in den frühen Morgenstunden gelesen habe, waren allein im Jahr 2008 einige hundert Fälle bereits, die da geschult werden konnten. Dann im berufstätigen Alter ist es so, dass es zwar verschiedene Projekte und Förderungen sehr wohl gibt, aber dass das voneinander Lernen immer noch die wichtigste Lernerfahrung ist, die Blinde und sehbehinderte Menschen erfahren. Leider ist es so, oder zum Glück ist es so, dass der Verband sich sehr stark kümmert um Personen, die gerade am Erblinden sind oder mit der neuen Situation zurecht kommen müssen. Wenn man frisch erblindet, dann stürzt man in ein fast, ich möchte fast sagen, in ein schwarzes Loch, in eine psychische Isolation, Frustration, Depression, Alkoholismus, das geht in jede Richtung. Gerade in diesem Zeitpunkt, kann man eigentlich nur von selbst Betroffenen lernen, man braucht Ruhe, man braucht ein gewisses Maß an Entspannung und man braucht vor allem Unterstützung und eine permanente Kommunikation. Im Erblindungsstadium ist es für ältere Menschen eine große Hilfe, in der freien Natur zu sitzen, einfach die Vögel zwitschern zu hören und mit einem anderen Menschen sprechen zu können. Warum erwähne ich die älteren Menschen? Die neu Erblindenden, das sind vor allem ältere Menschen, die Menschen werden in der heutigen Zeit immer älter, die Medizin wird besser, die Augen werden immer mehr gefordert, das gesamte Leben hindurch, jetzt ist die Zahl der neuerblindeten älteren Menschen sehr, sehr groß. Alleine in Graz haben wir drei große Gruppierungen, die sich permanent treffen, eine große Regionalrunde, die sich leider bisher noch in Lokalen treffen muss, wo permanent Augenärzte zu Gast sind, wo Optiker zu Gast sind, wo Augenkliniken zu Gast sind, Spezialisten aus ganz Österreich, verschiedene technische Firmen, da gibt es noch eine große Stammtischgruppe, die sich regelmäßig trifft und leider noch nicht ein sogenanntes Vereinslokal hat, wo man die Kommunikation betreiben kann. Deswegen ist es auch sehr wichtig, dass wir den Garten beim Blinden- und Sehbehindertenverband rasch neu gestalten können. Soviel zur Situation der älteren Menschen. Blind werden kann man wirklich immer. Wichtig ist jedoch, dass wir die

Menschen mit Behinderungen und generell die blinden Menschen nicht bevormunden. Wir müssen sie subsidiär unterstützen; subsidiär, damit meine ich, dass dort, wo die Menschen für sich selbst keine Lösung finden, eine Unterstützung erfahren. In technischer Hinsicht, in beraterischer Hinsicht, in psychischer Hinsicht, in mediativer Hinsicht etc. Das sind auch die Bereiche, in denen der Verband sehr stark tätig ist. Ich möchte jetzt überblicksmäßig einige kleine Projekte erwähnen, an denen der Verband permanent arbeitet. Die Seelsorgerfunktion ist leider oder Gott sei dank eine große Aufgabe von uns, die hunderte, ich möchte fast sagen tausende Stunden in Anspruch nimmt, die meisten sind in den Monaten November bis Februar, die am schwierigsten sind. Wir hatten in den vergangenen Jahren leider auch einige Suizidfälle, die wir trotz heftigster Anstrengungen nicht immer vermeiden konnten und in diesem Bereich wird der Verband auch sehr stark angenommen. Das sind vor allem ältere Menschen und das sind Menschen, die nicht mehr immer im Berufsleben sind, die ständig in Gösting zu Gast sind und einfach das Gespräch suchen. Das Gespräch miteinander und den Trost der ehrenamtlich arbeitenden Menschen im Blindenverband. Ein weiteres Projekt, das ich erwähnen möchte, ist die rechtliche und soziale Beratung. Blinde Menschen kommen zu uns, wenn sie Unterstützung brauchen bei Pflegegeldansuchen, Unterstützung brauchen bei Ansuchen, wenn es um Arbeitsplatzausstattungen geht, wenn es um Hilfsmitteln des täglichen Bedarfs geht etc. Ich brauche dieses Projekt nicht so sehr auszuformulieren, zumindest unsere Stadträtin Edlinger wird darüber sicher sehr genau Bescheid wissen, weil die Anträge sehr oft auch an das Sozialamt gehen, klarerweise an das Bundessozialamt und an andere Behörden, es geht auch dabei oft um den Pensionseintritt und anderen Unterstützungen. Andere große Projekte sind die sogenannte Eignungskompetenz, die Kompetenzgruppe Eignungsdiagnostik, da geht es um die Feststellung, in welchen Bereichen Menschen mit Blindheit und hochgradiger Sehbehinderung einen Beruf ausüben können, wo sie ihre Fähigkeiten und welche Ausstattung sie dafür haben und dass man ihnen einen Streckenplan mit auf den Weg gibt, was als nächstes gelernt werden muss, was geschult werden muss etc., ist auch ein großes Projekt. Ein weiteres großes Projekt ist natürlich die sogenannte Freizeitassistenz, die viele von Ihnen mit Sicherheit kennen werden, die sogenannte persönliche Assistenz werden von Ihnen auch einige kennen, ein großes Ziel ist es immer, eine adäquate Wohnversorgung zu finden für Blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen, wir sind da noch nicht so sehr fortgeschritten, aber

kommen zum Glück immer weiter (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ein großes Ziel ist es auch Nischen zu finden in der Wirtschaft, Nischen, wo blinde Menschen einfach Fähigkeiten haben, die sich zum einen sehr gut vermarkten lassen, die für die Wirtschaft eine große Chance bieten und eine Win-win-Situation ergeben. Ich möchte gar nicht zu sehr ausholen, wir haben natürlich noch eine Sportgruppe, eine Wandergruppe, einen Gesangsverein, Regalrunden in der gesamten Steiermark, die permanent in Graz sind, weil die Schulungen finden nur in Graz statt, die sind auch nur in Graz möglich, weil die TrainerInnen, die Fahrkosten nicht zu bezahlen wären. Ich muss dazu sagen, der Verein ernährt sich nur durch Mitgliedsbeiträge und durch private Spender. Es ist auch nur großen privaten Spendern zu verdanken, dass der Blindenverband überhaupt den Neubau initiieren konnte. Ich bin zehn Jahre hindurch dafür gelaufen und es konnten große Geldmengen zum einen erwirtschaftet werden, zum anderen gab es Verlassenschaften, die den Bau erstmals möglich machten. Was ist nun rechtlich erforderlich? Es hat immer in Österreich leider eine große Konkurrenz gegeben zwischen den einzelnen Behindertenverbänden. Es war immer eine gewisse Keiltreiberei, weil eben alle um den gleichen Geldkuchen laufen mussten. Es gab nie ein Networking, dieses Networking hätte sehr viel Anstrengung erspart und den Betroffenen auch immer sehr viel gebracht. Die Menschen mit Behinderungen wurden sehr oft wirklich bevormundet, nur durch ein gutes Networking kann ein Gewinn entstehen für alle. Ich denke dabei an die Pflegegeldeinstufungen, die derzeit sehr stark in Diskussion stehen, ich denke dabei an die 24-Stunden-Pflege, ich denke dabei an die persönlichen Assistenzleistungen, das gesamte Behindertenrecht hat sich erst in den letzten 25 Jahren maßgeblich entwickelt. Ich möchte dabei nur erwähnen, 1997 ist erst der Artikel 7 Abs. 2 der Bundesverfassung entstanden, dass eben der Gleichheitsgrundsatz sozusagen auch für Menschen mit Behinderungen besteht, der Inklusionsgedanke ist in die Legistik leider noch immer nicht eingeflossen, es gibt noch sehr, sehr viele Mankos. Unser Verband hat immer versucht, mit allen Behindertengruppierungen der Stadt Graz sehr eng zu kooperieren. Nicht nur, weil es in Graz durchaus einige Blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen gibt, die zum einen im Rollstuhl sitzen, zum anderen psychisch große Probleme haben, zum Teil geistige Behinderungen haben, andere körperliche Gebrechen haben. Es war immer so, dass wir versucht haben, durch gemeinsame Freizeitaktivitäten, anfangs durch gemeinsame Ballveranstaltungen,

durch Faschingsfeiern, durch Weihnachtskonzerte, durch Benefizlesungen sozusagen das Networking herzustellen bestmöglich. Dieser Versuch wurde von den Behindertengruppierungen der Stadt Graz immer sehr gut angenommen und wir sind bald zum Manko gekommen, dass die Behindertenverbände keine gemeinsamen Räumlichkeiten haben. Jetzt haben wir anfangs Unterschriften gesammelt, viele tausend Unterschriften gesammelt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) schon sehr früh, die haben wir dann schon eingereicht bei den politischen Parteien im Jahr 1997/1998/2000, hat nie zu etwas geführt, es wurde immer nur ein Goodwill geäußert. Dabei ist gerade das Ziel, ein Behindertenzentrum zu schaffen im Norden von Graz, das für alle Menschen mit Behinderungen permanent zur Verfügung sein muss, das barrierefrei ausgestattet ist für körperlich beeinträchtigte Menschen, für gehörlose Menschen, für blinde Menschen, mit allen anderen Erfordernissen, die Menschen mit Behinderungen haben, ist ein großes Ziel für unsere Stadt Graz (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich ersuche Sie alle, wir haben die Möglichkeit überparteilich und ressortübergreifend für Menschen mit Behinderungen eine Leistung zu erbringen und ich möchte auch erwähnen, ich habe lang den Österreichischen Blinden- und Sehbehindertenverband mitgeleitet und ich kenne die Vorhaben in den anderen Bundesländern. Ich möchte gar nicht große Vergleiche anstellen, aber wenn ich denke zum Beispiel an die Stadt Innsbruck oder das Land Tirol, dort wurde vom Land Tirol eine Million Euro bezahlt und von der Stadt Innsbruck eine Million Euro bezahlt für ein großes Blindenzentrum. Wir bauen ein Begegnungszentrum, das nicht den Blinden dienen soll einzig und allein, sondern allen Menschen mit Behinderungen. Ich führe den Verband jetzt nicht mehr, ich weiß aber, dass der Verband große Ziele verfolgt, richtige Ziele und vor allem sehr, sehr wertvolle Ziele. Wir haben die Chance künftig, und ich würde mir das sehr, sehr wünschen, dass wir einmal eine große Sitzung auch im neuen Verbandsgebäude dann durchführen können, um überparteilich einfach stolz zu sein auf das, was wir erreichen konnten. Ich möchte auch noch mich recht herzlich bedanken bei der Initiative der Grünen, die diesen Ball aufgegriffen haben, ich möchte mich auch noch bedanken beim Kollegen Hohensinner, der sich immer sehr eingesetzt hat für unseren Verband, ich möchte aber auch aufzeigen, dass wir mit allen Parteien gesprochen haben. Völlig überparteilich, ich war damals in keiner politischen Funktion und habe versucht, mit allen zu sprechen und es wurde auch von allen ein Goodwill geäußert. Wir können jetzt beweisen, dass wir diesen Willen ernst nehmen

und ich hoffe, dass wir gemeinsam dann das neue Gebäude einweihen können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und möchte nur noch dazusagen, die Kollegin Binder hat sich etwas wahrscheinlich verschaut, das Gebäude soll eingeweiht werden im Dezember dieses Jahres und nicht im Jahr 2009, weil man muss auch natürlich darauf achten, dass man aus dem Ersatzbüro raschestmöglich auszieht, weil der Verband logischerweise die Kosten nicht hat, um die Miete für das Ersatzbüro zu begleichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe auf eine breite Zustimmung (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, Herr Gemeinderat Kowald, auch für die informative und umfassende Information zu diesem Antrag. Ich möchte aber, trotzdem ich sehr schätze, wie sehr Sie sich für die Interessen von blinden Menschen hier einsetzen, darauf hinweisen, dass laut Geschäftsordnung die Dringlichkeit, also die Stellungnahme zur Dringlichkeit der Dringlichkeit eigentlich dient, der Begründung der Dringlichkeit und nicht dem Inhalt, nur damit wir das auch für die Zukunft so haben bitte.

StRin. **Kahr**: Lieber Herr Gemeinderat Mag. Kowald, geschätzte Damen und Herren! Ich melde mich zur Dringlichkeit, nicht weil ich mich wichtig machen möchte, sondern weil ich zu diesem Verein, dem Blinden –und Sehbehindertenverband schon seit Anfang der 90er-Jahre eine enge Bindung habe. Ich habe mit vielen Mitarbeitern, vielen Betroffenen und auch dem damaligen Obmann Kohlbacher und danach auch mit dem Herrn Mag. Kowald viel Kontakt gehabt, vor allem auch im Zusammenhang mit einem eventuell zu schaffenden, also zu errichtenden Blindengarten. Und in dem damaligen Projekt, das wir versucht haben zu verwirklichen, habe ich viele der Menschen kennengelernt, von denen Herr Mag. Kowald hier gesprochen hat und ich bin seitdem sehr beeindruckt von der Arbeit, die hier geleistet wird und deshalb ist es mir jetzt ein Anliegen gewesen, das auch zu sagen. Selbstverständlich unterstützen wir hier die Dringlichkeit und auch den Antrag und ich bin froh, dass die Kollegin Stadträtin Elke Edlinger hier auch so positive Worte gefunden hat.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Theaterservice GmbH

GR. **Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Wippel**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem wir darüber schon im Kulturausschuss diskutiert haben und heute auch im Finanzausschuss, glaube ich, dass wir hier heute nicht mehr allzu viel darüber diskutieren müssen. Die Theaterservice GmbH ist ein Unternehmen, deren MitarbeiterInnen früher Beschäftigte der Vereinigten Bühnen Graz waren und durch die Umstrukturierungen beziehungsweise Ausgliederungen jetzt MitarbeiterInnen einer eigenen GmbH im Konstrukt der Holding sind. Früher war es klar, dass man zum Beispiel ein Bühnenbild von den eigenen MitarbeiterInnen anfertigen ließ.

Durch die Ausgliederung musste eigens ein Vertrag aufgesetzt werden, damit die Auftragserteilung weiterhin bei der eigentlich eigenen Firma erfolgt. Dieser so genannte Kontrahierungsvertrag ist nun aber zwischenzeitlich ausgelaufen und so kommt es, dass zum Beispiel das Schauspielhaus Aufträge auch ins Ausland vergibt und, wie im heutigen Stück dazu berichtet wird, das Opernhaus fertig erstellte Bühnenbilder zukaufen wird, die Theaterservice GmbH könnte die allerdings auch herstellen, aber es sind einfach fertige Bühnenbilder, die zusammen eben mit der ganzen Produktion gekauft werden.

Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung ist nun, dass die Theaterservice GmbH im Bereich des Dekorationsbaus Kündigungen von MitarbeiterInnen in Aussicht gestellt hat, weil Aufträge der Grazer Theater ausbleiben. Aber gleichzeitig wurde die Wochenarbeitszeit der Mitarbeiter auch hinaufgesetzt.

Der Finanzierungsvertrag der Stadt Graz mit der Theater-Holding soll natürlich den kulturellen Veranstaltungsbetrieb sichern. Aber dazu gehören meines Erachtens auch die Werkstätten.

Die Theaterservice GmbH ist Teil der Theater-Holding, in deren Lenkungsausschuss Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Herr Kulturstadtrat Dr. Wolfgang Riedler, Herr Finanzstadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi – diese letzten beiden sind auch im Aufsichtsrat - und Frau Gemeinderätin Christina Jahn für die Stadt Graz vertreten sind.

Daher stelle ich Namens der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die VertreterInnen der Stadt Graz im Lenkungsausschuss und im Aufsichtsrat der Theater-Holding auf, im Interesse der Stadt Graz dahingehend zu wirken, dass Kündigungen von MitarbeiterInnen und Verschlechterungen für die MitarbeiterInnen in der Theaterservice GmbH verhindert werden können (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Dringlichkeit: In zwei oder drei kurzen Sätzen zusammengefasst. Aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion ist die Dringlichkeit nicht gegeben, die Wichtigkeit aber sehr wohl. Die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht deshalb nicht gegeben, weil der Aufsichtsrat, die Mitglieder des Aufsichtsrates und auch der Theaterausschuss selbstverständlich über dieses Problem informiert sind und auch versuchen, im Rahmen der Möglichkeiten von Aufsichtsräten natürlich einzuwirken, die Geschäftsführung aber die Verantwortung für die wirtschaftliche Führung der Gesellschaften natürlich zu tragen hat. Im Prinzip stimmen einige Grundannahmen nicht, wir haben es jetzt schon mehrfach ausgetauscht, Hauptfaktum ist, dass die Umsätze seit der Holdingsstruktur, die Außenumsätze, deutlich stärker gestiegen sind als Umsatzgeschäft verlorengegangen ist. Mit anderen Worten, das System funktioniert so, dass durch Außenaufträge mehr hereinkommt als an Innenaufträgen, also Beauftragungen durch die anderen

Theater, Oper, Next Liberty und Schauspielhaus nicht mehr beauftragt werden. Faktum ist aber auch, dass gerade in der Theaterservicegesellschaft zu Spitzenzeiten die Kapazitäten nicht ausreichen, um alle Wünsche zu erfüllen, man kann sich das vorstellen, wie das also vor den Premieren oder gegen Produktionsende hin sich abspielt. Wenn dann zufällig oder mehr oder weniger zufällig im Schauspielhaus und in der Oper gleichzeitig Produktionen fertiggestellt werden müssen, gibt es sogar die Aufnahme von Leiharbeitern, um diese Arbeit endgültig abwickeln zu können. Es gibt immer wieder, auch hier im Haus, eine Diskussion darüber, ob noch mehr Geld in die Theater fließen sollte, oder ob nicht doch weniger Geld in die Theater fließen sollte und mehr Geld in die freie Szene. Ich glaube, wir gehen einen sehr vernünftigen und verantwortungsbewussten Mittelweg. Damit möchte ich aber nicht sagen, dass die Sorge um die Mitarbeiter und den Mitarbeiterstand nicht eine ganze zentrale Frage ist und es ist auch Faktum, dass wir in mehreren Gesprächen mit dem Intendanten und Intendantinnen beziehungsweise auch im Aufsichtsrat insgesamt versuchen, eine Lösung zu finden, die einigermaßen akzeptabel ist und die eine mögliche Auslastungssteigerung bei den Werkstätten, gerade in den Zeiten, wo sie im Moment nicht gut ausgelastet sind, herbeiführt. Wenn das gelingt, ist es nicht ganz unberechtigt, auch zu hoffen, dass nicht alle angekündigten Stellenreduzierungen auch tatsächlich so umgesetzt werden müssen. Also die Ernsthaftigkeit des Problems ist bewusst in all diesen Instanzen, die Dringlichkeit nicht gegeben, weil wir damit bereits befasst sind (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn:** Wir werden als Grüne Fraktion dem Inhalt und auch der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Der Dringlichkeit deswegen, weil zum einen die Kündigung der MitarbeiterInnen in den Werkstätten im Raum steht und es natürlich aus unserer Sicht klar ist, dass die Politik da eine Verantwortung hat, auch wenn die Vereinigten Bühnen jetzt in Form der Theater-Holding plus sechs GmbH ausgegliedert sind. Das heißt noch lange nicht, dass wir dort nicht genau hinschauen müssen, wie und unter welchen Bedingungen die MitarbeiterInnen arbeiten und überhaupt wie die Geschäftsgebarung verläuft. Ich empfinde das auch als neues Mitglied im Lenkungsausschuss als politischen Auftrag, da genauer hinzuschauen. Ich denke mir, und das ist eben genau die Frage, wie du sie angesprochen hast, wie

geht man mit Ausgliederungen, die zwar aus dem Kernbereich der Stadtverwaltung weg sind, wie geht man trotzdem verantwortungsvoll mit Fragen von politischer Kontrolle, mit Fragen von Umsetzung von politischen Vorgaben durch die Betriebsentwicklung um? Ich kann nur sagen, ich war einmal in diesem Lenkungsausschuss bis jetzt und die Unterlagen, die mir im Vorfeld übermittelt wurden, waren leider nicht so ausführlich, dass mir alle diese Sachverhalte, die jetzt auch im Raum stehen, dass ich mich mit dem gut genug auseinandersetzen hätte können, auch diese Geschichte von wegen Einsatz von LeiharbeiterInnen, erst in der Ausschusssitzung bekamen wir eine Präsentation dieser Infora-Studie. Ich habe mir das vorher nicht anschauen können und es war irgendwie, aha, ok, jetzt haben wir den Bericht, man ist dann dort gesessen und hat nicht wirklich vorher recht was gewusst, was für mich sehr unangenehm war, also ich verstehe das als Selbstverständlichkeit, hier auch mehr einzufordern in Zukunft, was an Informationsbedarf auch seitens der Politik da ist, um dementsprechend mich auch in diesem Ausschuss zu Wort zu melden. Der Antragstext an sich ist dringlich aus meiner Sicht aber ein bisschen, wie gesagt, schwierig, weil der Lenkungsausschuss auch nach meinen Informationen, die ich jetzt von der Personalvertretung bekommen habe sehr selten tagt und ich persönlich setze mich dort gerne ein, aber zum Beispiel die letzte Sitzung vor der Sitzung am 3. Juni war vor über einem Jahr. Und ich weiß nicht, ob ich dort als Mitglied soviel weiterbringen kann, wenn der Ausschuss so selten tagt. Also eine Forderung aus unserer Sicht wäre gewesen zu sagen, der Ausschuss muss öfter tagen und man kann sich überlegen, ob er mehr Kompetenzen bekommen sollte, da bin ich mir nicht sicher, ob das sinnvoll ist, weil es wären aus unserer Sicht Fragen gewesen. Was die Dringlichkeit auch unterstützt, was wir ja auch im Ausschuss diskutiert haben, ein Anliegen, das ja von uns Grünen gekommen ist und was auch vom Kulturstadtrat dankenswerterweise aufgenommen wurde ist, dass wir zur Theater-Holding einen Sonderkulturausschuss machen, um uns noch einmal genauer mit der ganzen Materie zu beschäftigen, weil es da wirklich auch ein Informationsdefizit auch der GemeinderätInnen und der Stadtpolitik gibt und weil es da wahrscheinlich auch gemeinsamer Anstrengungen in Zukunft bedarf. Wir haben, nachdem wir nicht hundertprozentig zufrieden waren mit dem Text des Dringlichkeitsantrages, also mit dem Antragstext, einen Zusatzantrag formuliert, den ich auch noch kurz vorlesen möchte.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Da muss ich zuerst die Dringlichkeit abstimmen lassen und dann geht es um den Zusatzantrag. Entschuldigung, vorbringen kannst du ihn und dann geht es darum, ob er abgestimmt wird.

GRin. **Jahn**: Genau, vorbringen kann ich ihn schon, weil ich befürchte ja, dass die Dringlichkeit nicht durchgeht, deswegen möchte ich euch trotzdem informieren, was wir für sinnvoll halten würden. Nämlich, der Gemeinderat wolle beschließen: Im Zuge des nächsten Beteiligungsausschusses wird die Geschäftsleitung der Theaterservice GmbH eingeladen, um über aktuelle Entwicklungen zu berichten und um über weitere nötige Schritte im Bereich der strategischen und personellen Entwicklungen zu beraten. Hierzu werden auch die Mitglieder des Kulturausschusses eingeladen. Das hätten wir gerne gehabt, aber werden wir sehen, ob die Dringlichkeit durchgeht oder nicht (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Die Fraktion der Volkspartei schließt sich grundsätzlich den Ausführungen des Kulturstadtrates an. Wir nehmen die Anliegen der betroffenen Mitarbeiter sehr, sehr ernst und sind ebenfalls betroffen. Wir wissen aber, dass ein Fangnetz, das auch hoffentlich halten wird, vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter angekündigt wurde im Aufsichtsrat und im Lenkungsausschuss und es wird auch in der Generalversammlung seitens des Vertreters der Stadt entsprechend darauf hingewiesen, mitgewirkt. Daher sehen wir keine Dringlichkeit.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Klubobmann, in Zukunft bitte die Wortmeldungen am Rednerpult, wir haben schon öfter als Thema gehabt, es geht auch um die Aufzeichnung, damit das Protokoll nachher vollständig ist. Weil wenn man dann später einmal darüber streiten, möchten wir vollständig lesen können, was

du gesagt hast. Weil es ist wichtig für diverse Fragen, die in Zukunft auftauchen, bei allen hier herinnen, weil jeder hat das Protokoll zur Verfügung.

GR. **Wippel:** Ich möchte etwas noch erwähnen und zwar wundert es mich, dass man das überhaupt nicht in Frage stellt, warum der Kontrahierungsvertrag aufgelöst hat werden müssen. Alle diese marktpolitischen und arbeitspolitischen Überlegungen, die man von der Stadt aus immer wieder anstellt, werden hier ad absurdum geführt, wenn man dann bei Betrieben, wo man direktes Zugriffsrecht hat oder mehr oder weniger mittelbares zumindest, einfach sagt, ok, da kann man nichts machen, da müssen wir halt jetzt Leute kündigen und gleichzeitig, fast im gleichen Atemzug, zumindest in der gleichen Sitzung fürstliche Gehälter beschließt für Leute, die in den Leitungen und in der Holdingleitung beschäftigt sind. Da wird mit zweierlei Maß gemessen und auch wenn jetzt ein Sozialplan ausgearbeitet wird für die 12, ich weiß nicht, wie viele es jetzt tatsächlich werden, aber kolportiert wurden 12 MitarbeiterInnen, die gekündigt werden müssen. Auch wenn hier jetzt ein Sozialplan ausgearbeitet wird, so ist das eine Notlösung, das sind Leute, die für die Stadt Graz, für das Kulturleben unheimlich viel gemacht haben und weiterhin machen könnten und die jetzt einfach gekündigt werden, weil wir hier im Kulturbereich den Marktmechanismen entsprechen müssen, das ist etwas, was ich nicht so zur Kenntnis nehmen möchte und weshalb wir diesen Antrag eben für dringlich erachten. Allen, die der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, danke ich sehr, aber ich danke auch den anderen Fraktionen, die den Inhalt und wenigstens das Anliegen hoffentlich trotzdem ernst nehmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Maßnahmen gegen Verteuerung der Mieten

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst im April dieses Jahres wurden die ohnehin sehr hohen Richtwertmieten um 2,2 % erhöht. Nun steht bereits die nächste Verteuerung an: Gleich um 5,6 % sollen im September 2008 auch die Kategoriemietzinse erhöht werden. Für eine 55-m²-Wohnung bedeutet dies eine Zinserhöhung von zirka 10 Euro. Doch dabei bleibt es nicht. Auch die an die Categoriesätze gebundenen Verwaltungskosten steigen im selben Ausmaß, und zwar nicht nur für die KategoriemieterInnen, sondern auch für alle Mieterinnen und Mieter. Für eine 55-m²-Wohnung bedeutet das zusätzlich 15 Euro pro Monat. Und bereits im April 2009 werden die Richtwertmieten erneut erhöht, und zwar um rund 3,5%.

Nach Information der Arbeiterkammer treiben die erhöhten Wohnungskosten die Inflation weiter nach oben, eine Preisspirale, die für immer mehr Mieterinnen und Mieter eine existentielle Bedrohung darstellt.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Grazer Gemeinderat fordert die Bundesgesetzgeber im Wege der Petition auf,

1. das Mietrechtsgesetz insofern abzuändern, als dass hinkünftig die Verwaltungskosten von den jeweiligen Kategorie-A-Sätzen (*Die Vorsitzende läutet mit der Glocke*) und den damit verbundenen Erhöhungen entkoppelt werden,
2. die Mehrwertsteuer auf Mieten ersatzlos zu streichen sowie
3. bis auf weiteres die jetzigen Miethöhen einzufrieren .

Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Benedik** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der KPÖ beinhaltet unserer Ansicht nach einen wesentlichen Denkfehler. Der angesprochene Index steigt nicht etwa an, weil die Mieten willkürlich steigen, sondern vielmehr sind die steigenden Energiekosten die treibende Kraft für den rasanten Anstieg des Indexes. Der Anstieg der Mieten ist also selbst nur eine Folge und nicht der Ursprung der Fehlentwicklung. Die KPÖ bekämpft hier also ausschließlich die Symptome, nicht aber die Ursache. Umgekehrt drängt sich also die Frage auf, warum seitens des Bundes seit dem Jahre 1974 keine tauglichen Maßnahmen in Bezug auf die Energiepreise gesetzt wurden beziehungsweise weshalb seitens der Kommunen nicht entsprechend Druck in diese Richtung ausgeübt wurde. Grundsätzlich ist dieses von der KPÖ vorgeschlagene Einfrieren der Mieten lediglich eine plakative Methode des Klassenkampfes. Wohin allerdings diese Zwangsniedermietzinse geführt haben, zeigen viele anstehenden Reparaturen in Altbauten, welche jahrelang nur durch einen geschützten Mietzins finanziert wurden. Das einfache Herausnehmen der Mieten aus einem Gesamtkomplex, der von der spürbaren Teuerungswelle betroffen ist, mag zwar vordergründig alte Klischees bedienen, Lösungen werden dadurch aber keine erzielt. Wer noch Zweifel an meinem Wahrheitsgehalt der Ausführungen hat, dem empfehle ich, sich die halbverfallenen Häuser in verschiedenen ehemaligen Ostblockstaaten in Erinnerung zu rufen. Man sieht, wohin die Tendenz in den ehemaligen kommunistischen Arbeiterparadiesen geführt hat. Im Kopieren dieser schon vor 50 Jahren untauglichen Mitteln kommunistischer Regime liegt auch heute mit Sicherheit kein tauglicher Lösungsansatz. Zumal es auch eine unsachliche Ungleichbehandlung der österreichischen Staatsbürger darstellen würde. Der Mittelstand bezahlt in Österreich bedingt durch die erhöhte Steuerprogression (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) einen erhöhten Beitrag ein. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass die KPÖ finanziell benachteiligten Menschen eine entsprechende Hilfestellung leisten möchte, aber dies sollte aus allgemeinen Mitteln erfolgen, wie dies etwa bei der Steiermärkischen Wohnbeihilfe der Fall ist. Keineswegs kann dies durch eine einseitige Maßnahme, wie im vorliegenden Fall, bewerkstelligt werden. Der Versuch, die Mehrwertsteuer zu streichen, ist ebenso untauglich. Betrachten wir uns nur die Auswirkungen. Damit wäre konsequenterweise ja auch der Verlust der Vorsteuerabzugsberechtigungen für viele Wohnungseigentümer verbunden. Gerade jetzt, wo im Hinblick auf die erforderliche Energieeffizienz entsprechende

Bauvorhaben zu erwarten sind, ersuche ich, diese Auswirkungen richtig zu bewerten. Für viele Wohnungseigentumsgemeinschaften käme eine solche Maßnahme einer mittleren Katastrophe gleich, da ja die angesprochene Vorsteuerabzugsberechtigung einen wesentlichen Bestandteil im Umgang mit Professionisten darstellt. Alles in allem ist der KPÖ-Antrag in seiner Intention zwar nachvollziehbar, in seiner Gesamtheit aber wenig bis schlecht durchdacht und folgedessen allenfalls dazu geeignet, alte Klischees zu bedienen und somit Gräben aufzureißen. Lösungen sind allerdings darin nicht zu erkennen. Namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion verneinen wir sowohl die Dringlichkeit als auch wir auch dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Nachdem der Gemeinderat jetzt seit einem halben Jahr neu oder nicht einmal in Amt und Würden ist, vielleicht gibt es manche, die noch nicht die ganze Geschäftsordnung durchstudiert haben, im § 24 zur Wechselrede steht, dass die Wechselrede frei zu halten ist, nur so für die nächsten Fälle. Da gibt es einfach Vorgaben und die sollten bitte eingehalten werden.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Es gibt ganz wichtige Probleme, die Verteuerung der Mieten ist eines, das ist ganz klar. Hier bedarf es auch politischer Lösungen. Nur ich habe zwei Probleme damit. Einerseits gehört es nicht in den Gemeinderat von Graz; ok, wir machen öfter Petitionen an den Bund, das ist wichtig und gut. Wir müssen überlegen, wie viele Petitionen wir an den Bund machen, die andere Seite ist...

Zwischenruf StRin. Kahr: Ihr macht sie ja selber.

Dr. **Wohlfahrt**: Ja wir machen auch selber, ich weiß, ich sagte nur, wir müssen uns überlegen...wir haben heute 18 dringliche Anträge, wir sollten schauen, dass wir Quantität und Qualität nicht durcheinander bringen, wir brauchen sehr...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Wohlfahrt**: Darf ich bitte reden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich sagte nur, auf was wir schauen sollen. Diese Probleme, wie die Verteuerung der Mieten, sind ökonomisch nicht so leicht zu lösen, es wird...kann man mir trotzdem zuhören, auch wenn man im Gemeinderat sitzt, auf der Uni können es die Leute.

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Wohlfahrt**: Ich rede weiter, wenn eine Ruhe ist.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bitte um Aufmerksamkeit, jeder hat die Möglichkeit sich auch, nicht jeder, aber nach der Reihe zur Dringlichkeit zu Wort zu melden und wenn der Antrag weiter diskutiert wird, auch inhaltlich zu Wort zu melden.

Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube einfach, dass es hier komplexerer Lösungsvorstellungen bedarf, die wir hier in dieser Kürze nicht erarbeiten können. Wie komme ich darauf? Auch der Antrag selbst ist etwas verwirrend, ich verstehe es nicht ganz, warum das

15 Euro höhere Verwaltungskosten bedeuten soll, ich weiß, dass die Verwaltungskosten an den Index gebunden sind, der steigt, wie erwähnt, um zwei oder um fünf Prozent, je nachdem was er für einen nimmt, aber das hieße, haben Sie einmal nachgerechnet, wie hoch die Verwaltungskosten wären? Also die Verwaltungskosten steigen nicht um 15 Euro, das heißt, meine Bitte ist einfach, kümmern wir uns um ein paar Dinge wirklich sehr gut, schauen wir sehr genau hin und beschließen wir dann sinnvolle Petitionen, das geht mir ein wenig zu schnell hier. Ich glaube, so ist die Lösung nicht wirklich angedacht, wir sind auch sehr massiv gegen die Verteuerung der Mieten, nur es wird nicht so leicht sein, und ein kleiner Hinweis, es ist doch die Umsatzsteuer und nicht die Mehrwertsteuer, wir haben ein Umsatzsteuergesetz. Also wenn wir wegen solche Kleinigkeiten streiten anfangen, bringt nichts, schauen wir einfach, dass wir ein paar Dinge sehr gut ausformulieren, dass wir brauchbare Lösungsvorschläge haben und schauen wir bitte auch bei den Anträgen, dass diese kleinen Fehler nicht passieren, die uns einfach viel Mühsal bei der Bearbeitung bringen. In dem Sinn muss ich sagen, dass die Grünen gegen die Dringlichkeit stimmen werden, nicht, weil das Thema nicht sehr wichtig ist, es ist hochbrisant und wichtig, aber ich glaube, dass mit diesen Schnellschüssen nicht wirklich geholfen ist (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Kollege Fabisch! Du hast mit deinem Antrag ein großes Thema angesprochen, sehr, sehr viele sind davon betroffen. Du hast dafür auch einen reißerischen Betreff gewählt und zusammenfassend auch ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, das aus unserer Sicht auch unausgegoren ist. Insbesondere auch deshalb, weil die Wirkungen, die Folgewirkungen unbekannt und offen sind. Das Mietrecht ist ein weites Feld, nicht nur das Mietrecht, sondern auch das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und, und, und. So in etwa hier gibt es viele, viele Schalter, wenn man einen bedient, hat es Konsequenzen auf alle anderen und die Folgewirkungen sind ja unbekannt. Es schaut hier für uns nach einem Schnellschuss aus, den können und wollen wir so nicht unterstützen. Unabhängig davon ist es ein wichtiges und großes Thema, das wir gerne weiterhin diskutieren, aber dann auch mit Maßnahmen, wo wir auch Folgewirkungen kennen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Aber frei reden.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, auch die letzten verbliebenen Besucher auf der Besuchertribüne! Im Gegensatz zu einigen anderen dürfte ich ja für das Freireden bekannt sein. Aber zu dem Inhalt, wir werden den Antrag von Gemeinderat Fabisch selbstverständlich unterstützen, weil ich im Gegensatz zu den Grünen, aber auch der Sozialdemokratie, der Meinung bin, dass wir gegen die steigenden Mietpreise in Österreich etwas tun müssen. Gerade der Mietpreisindex, der nach der Inflationsrate angepasst wird, steigt unaufhörlich und heizt damit einen weiteren Anstieg der Inflationsrate weiter an. Das heißt, wir sind in einer Teufelsspirale drinnen. Die Inflation heizt sich immer mehr an, wir haben soziale Zustände bereits und Inflationsraten wie in den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts und durch die steigende Inflationsrate wird der Mietpreisindex noch mehr angetrieben, und daher stehen wir dafür, diesen Mietpreisindex auszusetzen und einzufrieren. Ich bin der letzte Mensch, der der Meinung ist, dass wir als Staat, als Stadt, als öffentliche Hand, als was auch immer Preise zu regulieren beginnen, aber in dem Bereich, sage ich ganz ehrlich, wenn wir jetzt nicht temporär schalten und sofort, und die Dringlichkeit ist daher gegeben, den Mietpreisindex temporär aussetzen in einer Situation, wo uns die Inflation am Schädel fällt, dass die Sau graust, auf gut steirisch gesagt, dann gehen wir einen falschen Weg und daher verstehe ich die Wortmeldung der Sozialdemokraten in keinster Weise. Wer sich darüber hinwegschwindelt und sagt, na wir sind ja eigentlich schon so sozial, aber halt wir sehen da nur die Dringlichkeit nicht sozial zu sein, frage ich, wann wollen Sie sozial sein. Zu einer Zeit, wo wir die höchste Inflationsrate haben, die höchsten Energiepreise, die höchsten Treibstoffpreise, die höchsten Nahrungsmittelpreise, die höchsten Mietpreise, wann wollen Sie denn noch sozial sein? Für die ÖMV brauch ich nicht sozial sein, für die Wirtschaftskammer und Immobilientreuhänder nicht und daher ersuche ich die Sozialdemokraten aber auch die Grünen der Dringlichkeit sehr wohl zuzustimmen. Denn es ist notwendig, das zu ändern, ich weiß es von den Grünen, auf Bundesebene, da sind die Grünen ganz anderer Meinung, nämlich auch für die temporäre Aussetzung des Mietpreisindex, deswegen überrascht mich ja die Wortmeldung von vorhin wirklich. Also offensichtlich dürfte ja diese unterschiedliche

Sichtweise der Probleme in Österreich ja nicht nur ein Problem der Sozialdemokraten, sondern auch mittlerweile der Grünen geworden sein. Je nachdem, ob sie sich auf der einen Seite in Opposition oder auf der anderen Seite in der Regierung befinden, aber auch für Sie, Knittelfeld naht, herzlichen Dank (*Applaus StRin. Kahr*)

GR. Mag. **Frölich**: Frau Vizebürgermeisterin, werter Antragsteller, meine Damen und Herren! Ich darf mich im Wesentlichen meinen Vorrednern, mit Ausnahme des Kollegen Grosz selbstverständlich, anschließen, man kann vieles mit lustigen Worten sagen und am Thema vorbeireden. Wir werden uns der Dringlichkeit nicht anschließen, im Wesentlichen möchte ich das unterstreichen, was der Herr Dr. Wohlfahrt hier gesagt hat. Komplexe Zusammenhänge und Indexentwicklungen löst man nicht mit Anträgen und Petitionen und daher von Seiten der ÖVP-Gemeinderatsfraktion keine Zustimmung zur Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist das ein komplexes Thema, na selbstverständlich, davon aber die Finger dann zu lassen und zu sagen, warten wir noch, das ist, glaube ich, der falsche Weg. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass die Freiheitlichen für die Probleme der Mieter und Mieterinnen relativ wenig Verständnis aufweisen. Schnellschüsse, ich glaube, es ist höchste Zeit bei einer halbjährigen Zusatzbelastung für alle Mieterinnen und Mieter tut Dringlichkeit hier not. Zur Sozialdemokratie möchte ich schon noch etwas sagen, ich weiß nicht, ob euch das klar ist, dass die Fakten und viele der Vorschläge von uns von der Mietervereinigung und der Arbeiterkammer stammen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, Kollege Fabisch. Bevor wir zur Abstimmung zur Dringlichkeit kommen, möchte ich drei Sätze sagen zu dieser Debatte, die ja auch

weitergeht heute zum Thema Energiepreise und das, was uns da momentan widerfährt. Wir können damit rechnen, dass wir bis Ende des Jahres voraussichtlich bei 220 bis 250 Dollar liegen, was den Rohölpreis anbelangt. Die Entwicklung ist eine, die lange absehbar ist, eine Entwicklung, die uns heute nicht mehr überraschen dürfte. Die Antworten darauf überraschen mich manchmal. Es ist etwas, was wir nicht durch Regulierungen und durch Preisstützungen und durch Subventionen, und ich wundere mich, dass der Herr Grosz letztes Mal sagt, er ist nicht für einen Eingriff in den Markt und dann war er für den Eingriff bei den Benzinpreisen, heute ist er beim Eingriff zu den Mietpreisen, das ist wirklich die Kurzschlussantwort auf eine Frage, in der wir auch in dieser Stadt, bitte sehr, und da sehe ich mich als zuständige Referentin aufgefordert, aber uns alle, in dem Bereich sind wir bei der Verknüpfung der ökonomischen, ökologischen und der sozialen Frage ganz mitten drinnen. Und wenn wir da nicht dringend anfangen gegenzusteuern auf Bundesebene mit einem deutlichen Ökostromgesetz, das den Namen verdient, das nämlich ermöglicht, umzusteigen und wegzukommen von der Abhängigkeit, zu der wir noch in einem hohen Ausmaß drinnen stecken und auf Stadtebene ganz deutlich Maßnahmen zu setzen, die im Bereich der Energieeffizienz liegen, aber auch dort, wo ein Umstieg und wo wir uns genau überlegen welche Form von Energie wir in dieser Stadt in Zukunft anwenden. Da spreche ich auch eine Kraftwerksdiskussion an, die wir haben, die wir auch haben werden, da spreche ich eine Diskussion an, die wir mit den diversen EVUs haben werden, die durchaus kontroversiell werden wird, hier wird es in der Stadt eine klare Linie geben, die ganz deutlich in eine höhere Autarkie von Energieversorgung zielt, wir wissen, dass Güssing und andere Städte in einer kleineren Größenordnung uns da schon viel vormachen, auch Graz könnte da noch viel leisten und da sehe ich sehr wohl kommunalpolitische Ansätze an der Wurzel, um hier hinzukommen, dass wir nicht mehr weiterjammern müssen, wie die Preise uns in eine Ecke treiben, dass wir überhaupt nicht mehr handlungsfähig bleiben. Also ich sage, diese Debatte über Erhöhungen von Preisen und Wohn- und Mietkosten und damit eigentlich auch Betriebskosten, das ist ja eigentlich die Debatte dahinter, die wir auch im Budget schon merken, ist der klare Auftrag zu energischer Klimaschutzpolitik und Energiepolitik und dazu lade ich uns alle gegenseitig ein (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Petition an die Steiermärkische Landesregierung – finanzielle Unterstützung des Vereins „Die Brücke“

GRin. Mag. ^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. ^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die Brücke“ ist ein gemeinnütziger Verein, der sich in seiner Arbeit zum Ziel gesetzt hat, Barrieren zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen abzubauen und die Kommunikation untereinander zu fördern. Der 1983 gegründete Verein ist die Schnittstelle für die Bereiche Soziales, Kultur und das Kommunikationszentrum. Zum Team zählen 18 ständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Basis freier DienstnehmerInnenverträge, eine große Anzahl ehrenamtlicher MitarbeiterInnen, eine vollzeitbeschäftigte Angestellte und Praktikantinnen und Praktikanten aus unterschiedlichen Sparten. Der Verein zeichnet sich dadurch aus, dass bei allen Beteiligten eine hohe Identifikation mit der Arbeit gegeben ist und der Zusammenhalt im Team für das aktive Engagement im hohen Maße förderlich ist.

Seit 2004 ist „die Brücke“ vom Land Steiermark als Träger für mobile Dienste anerkannt und bietet Freizeitassistenz, Familienentlastung und Wohnassistenz an. Der Schwerpunkt in der Angebotssetzung liegt vor allem im Bereich Freizeitassistenz, der zu 85% von der Brücke abgedeckt wird. Funktion und Ziele der Freizeitassistenz bestehen darin, Jugendliche und Erwachsene mit Körper-, Sinnes-, geistigen und Mehrfachbehinderungen gesellschaftlich zu integrieren, indem sie verschiedene Freizeitangebote kennen lernen und eigene Interessen ausloten

können und in dem die Eigenständigkeit im Bereich der aktiven Freizeitgestaltung gefördert und der Ablöseprozess vom Elternhaus unterstützt werden soll.

Im Vergleich zu den Bereichen Familienentlastung und Wohnassistenz besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied in der Finanzierung, da bei der Freizeitassistenz keine mittelbare Betreuung zusätzlich zum Stundensatz von 11,92 Euro bezahlt wird. Das heißt, obwohl ein gleicher Aufwand in der Erstellung der Dokumentation und der Erbringung des Leistungsnachweises gegeben ist, werden keine vor- und nachbereitenden Stunden abgegolten.

Die Brücke verweist diesbezüglich auf einen administrativen Aufwand von über 50.000 Euro pro Jahr, der nirgends abgedeckt wird. Aus diesem Sachverhalt heraus ergibt sich somit die Situation, dass die Brücke in finanziellen Schwierigkeiten ist und dringend eine Unterstützung braucht, um das wichtige Angebot im Bereich der Freizeitassistenz weiter setzen zu können.

Daher stelle ich im Namen der Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit folgender Petition an die Landesregierung:

1. Bezüglich der Bereiche Familienentlastung, Wohn- und Freizeitassistenz soll eine einheitliche Regelung überdacht werden, damit auch im Bereich der Freizeitassistenz Vor- und Nachbereitungszeiten finanziell abgegolten werden.
2. Die Landesregierung möge mit einer Sonderzahlung von 50.000 Euro für den geleisteten administrativen Aufwand den Verein „Die Brücke“ unterstützen.

(Applaus KPÖ).

GR. **Baumann** zur Dringlichkeit: Wir von der Grünen Fraktion stimmen der Dringlichkeit zu.

StRin. **Edlinger**: Ich denke, alle hier kennen die Brücke, viele waren dort und haben schon verschiedenste Kulturveranstaltungen besucht. Eine wichtige Einrichtung, die eine ganz, ganz wertvolle Arbeit leistet. In meiner Funktion als Sozialstadträtin war die Brücke bei der ersten Runde der Sozialeinrichtungen dabei, die ich besuchen konnte. Da wurde mir auch sehr ausführlich die Problematik, die sich ergibt aus dieser Nichtbezahlung von Vor- und Nachbereitungszeiten für die Freizeitassistenz, geschildert und ich habe diesbezüglich auch schon Kontakt mit dem Land aufgenommen. Erlauben Sie mir trotzdem noch nur ganz kurz noch zwei Sätze, weil die schwierige Finanzsituation angesprochen wird im Antrag, Ihnen zwei/drei Infos noch zu geben. Das Brücketeam war nach diesem Termin dann noch einmal bei mir, weil eben durchaus auch Zahlungsschwierigkeiten drohten. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass Subventionen von städtischen Abteilungen und von Landesabteilungen vorzeitig zur Auszahlung kommen, dass wir diese Zahlungsschwierigkeiten vorerst abwenden können und ich habe das Sozialamt beauftragt, ähnlich wie wir es beim vorigen dringlichen Antrag, was den Steiermärkischen Blindenverband anlangt, auch hier zu prüfen, ob wir nicht auch als Stadt Graz seitens der Sozialabteilung noch einen größeren Betrag als Subvention finden können in unserem Budget, um einfach auch für die notwendigen Umbauarbeiten, damit diese finalisiert werden können, eine dementsprechende Unterstützung gewährleisten zu können. Zur Dringlichkeit, da stimmen wir zu, schon allein aus diesem Ansatz, weil ja derzeit die Verhandlungen noch laufen, deswegen stimmen wir, wir werden auch dem ersten Punkt zustimmen, dem zweiten Punkt werden wir nicht zustimmen, weil der Ansatz der ist, dass die Frage der Bezahlung der Vor- und Nachbereitungsarbeiten über die LEVO geregelt werden sollte, dann ist es auch für alle Anbieter gleich geregelt und wir sollten dann nicht wieder die Situation haben, dass einzelne Einrichtungen Subventionen kriegen für etwas und andere vielleicht nicht (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Die ÖVP stimmt der Dringlichkeit zu.

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Es zeichnet sich ab, dass eine Mehrheit zustande kommt bezüglich Dringlichkeit und dem Punkt Nummer 1 in meiner Petition. Dafür möchte ich mich bedanken, also ich gebe natürlich der Stadträtin Elke Edlinger insofern Recht, dass natürlich irgendwie eine Veränderung dann in Folge für alle im selben Ausmaß auch finanzielle Unterstützung in diesem Bereich erhalten sollen. Gebe aber nur zu bedenken, dass gerade die Brücke als Verein in einem sehr hohen Ausmaß den Freizeitassistentenbereich über hat und eben in Kombination mit den Umbauten natürlich die finanziellen Schwierigkeiten auch entstanden sind und hoffe aus dem Grund trotzdem, also erstens einmal finde ich das sehr positiv, dass für Umbaumaßnahmen aus deinem Ressort finanzielle Mittel auch zur Verfügung gestellt werden und hoffe im Hinblick auch auf das Land, dass es die Wichtigkeit der Arbeit des Vereines und die Notwendigkeit, da auch noch eine finanzielle Unterstützung zu geben, erkennt. Ich hoffe auf eine positive Lösung für den Verein Brücke und damit für die konsequente Arbeit, die sie ihm ihrem Bereich leisten. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Die Frau Stadträtin hat eigentlich schon auch unsere Überlegungen erwähnt. Ja, wir sind für ein, so wie es im Dringlichkeitsantrag drinnen ist, ein Überdenken der LEVO im Bereich der Freizeitassistenten, ich glaube, das ist eine sehr wichtige Geschichte, um noch einmal hinzuschauen, in welcher Form auch mittelbare Betreuung da finanziert werden soll. In Bezug der Subvention für die Brücke, diesem Antrag können wir so nicht zustimmen, aber wie wir schon gehört haben, gibt es weitere Verhandlungen und Überlegungen vom Sozialressort und das finden wir auch ausgezeichnet. Ich stelle jetzt noch den Antrag auf getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2. Danke.

Der Antrag, Punkt 1, wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag, Punkt 2, wurde mit Mehrheit abgelehnt.

8) Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Energie – Petition

GR. **Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Wippel**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtsenates! Die offizielle Inflationsrate liegt bei vier Prozent, Grundnahrungsmittel, Treibstoffe und Energie sind im Jahresabstand oft bereits um mehr als zehn Prozent teurer geworden.

Das trifft die Bevölkerung besonders stark. Es ist falsch, in dieser Situation auf die angeblichen „Selbstreinigungskräfte des Marktes“ zu hoffen. Alle uns zugänglichen Informationen deuten im Gegenteil darauf hin, dass die internationale und unkontrollierte Spekulation des Finanzkapitals auf diesem Gebiet die wichtigste Ursache der aktuellen Teuerungswelle ist.

Es hilft auch nicht, immer wieder Wahlversprechen abzugeben, den Strompreis zu senken, wenn man sich danach sowohl auf Stadt- als auch auf Landesebene nicht dazu im Stande sieht, den Strompreis tatsächlich zu regulieren, weil man eben Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben hat. Genau das sind die Folgen der Ausgliederungen und Privatisierungen, vor denen wir immer wieder gewarnt haben.

Die Bundesregierung muss deshalb gegensteuern. Unserer Auffassung nach sollte man dabei auf ein Instrument zurückgreifen, das sich in der Nachkriegszeit bewährt hat und vor dem EU-Beitritt Österreichs leider fallengelassen wurde: Die amtliche Preisregelung.

Selbst der jüngste EU-Gipfel am 19./20. Juni 2008 hat den Mitgliedsstaaten befristete und gezielte Maßnahmen gestattet, um die Inflation in den Griff zu bekommen.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz tritt mit einer Petition an den Bundesgesetzgeber heran, die folgenden Inhalt hat:

Wiedereinführung der amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Energie, um die Inflation zu dämpfen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Ich möchte an die Wortmeldung von vorhin von der Frau Bürgermeisterstellvertreterin anschließen und davor warnen, einen derartigen Beschluss jetzt, auch wenn das Problem akut ist, einen derart akuten Beschluss zu fassen. Denken wir nur einmal nach, was das bedeutet, wenn ich jetzt der Gasprom in Moskau einen Bescheid schicke und sage, ihr Schweinebacken, ihr dürft die Preise nicht erhöhen. Die werden sich nicht wirklich fürchten und ähnlichen Erfolg dürfte einem derartigen Beschluss des Grazer Gemeinderates beschieden sein in Dubai, helles Entsetzen am Persischen Golf. Also das macht nicht wirklich viel Sinn und deshalb, ein Teil der Maßnahmen wurde schon angeführt, wir sind gut beraten, wenn man keine Placebos uns selbst einreden und mit viel Energie am Thema vorbeischaun. Es ist viel besser, wir gehen her und sagen, was können wir hier machen, es gibt eine Menge zu tun, um genau diese Kostensteigerungen abzufangen, ich will das aber nicht wiederholen, es ist genannt worden, das geht von Energieeffizienz bis dahin, dass wir unseren eigenen Energieversorgern auf die Finger schauen, diese Möglichkeiten haben wir. Was die Grünen anbelangt und meine Person in aller Bescheidenheit, tun wir in der Richtung was wir können und das ist, glaube ich, das wo wir akut auch jetzt Handlungsbedarf haben und nicht in Beschlüssen, die wir hier und heute beschließen oder fassen und die dann am Ende in aller Bescheidenheit nach unserer Einschätzung das Problem auf die Dauer verschärfen statt verringern werden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, die Frau Vizebürgermeisterin hat vorher nicht verstanden, warum ich in einem Fall für etwas bin, aber im anderen Fall dagegen bin. Der Mietpreisindex ist es ein staatliches Regulierungsmodell, das der Nationalrat auch eingeführt hat, nämlich genau deswegen, um abzufedern oder um gerecht zu erhöhen, na logisch. Ich bin gegen eine staatliche Preisregelung, wir werden auch dem Antrag nicht zustimmen, weil die im Antrag auch vorgeschlagene staatliche Preisregelung oder amtliche Preisregelung für mich tatsächlich, jetzt nicht böse verstehen, aber das ist im Volksmund die kommunistische Planwirtschaft. Von dem halte ich nichts, ich bin sehr der Meinung und auch ein großer Befürworter, die Regularien, die wir als Politik haben, auch einzusetzen. Beim Treibstoff haben wir die Möglichkeit und das ist im Gesetz seit 1998 festgelegt, den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit aufzufordern, eine Höchstpreisdeckelung einzuführen. Das wissen wir, von dem macht er nicht Gebrauch, das ist bereits eingeführt, da brauchen wir keine amtliche Preisregelung über die Hintertür einführen, das müsste er nur gebrauchen, sein Verordnungsrecht seit 1998. Im Bereich der Treibstoffe könnten wir in der Steiermark, die Sozialdemokraten haben gemeinsam mit den Kommunisten einen Antrag im Steiermärkischen Landtag beschlossen, der nach wie vor mit Füßen getreten wird, endlich die Landestankstellen aufmachen, um auch für etwas Wettbewerb zu sorgen. Der heutige Stand ist nach wie vor der gleiche wie vor einigen Wochen, der Diesel pro Liter bei der Kärntner Landestankstelle in Friesach 1,24, bei einer normalen Tankstelle 1,48. Das ist viel Geld, das ist nicht zum Lachen, das sind zehn Euro pro Tankfüllung, das sind 140 Schilling, die man braucht, die auch die Familien in Österreich brauchen, die auch die Pendler brauchen und daher bin ich der Meinung, dass man durchaus die Bundesregierung auffordern sollte, hier von den bereits bestehenden Regularien endlich Gebrauch zu machen, wir sind nicht die Genossen der Bosse Ruttensdorfer, das sind wir nicht. Ich verstehe einmal mehr die Grünen in keinsten Weise, sie haben sich gewandelt, wie ich es noch nie bei einer Partei erlebt habe. Einst hier im Gemeinderatssaal im Jutesack, heute im Nadelstreif, wenn das die neue Weltanschauung der Grünen ist, nicht mehr auf die Kleinen zu schauen, sie werden niemandem, keiner Familie, keiner Pendlerin, keiner Mutter, die ihre Kinder jeden Tag in den Kindergarten fahren wird, die in die Geldtasche hineinschaut und der Monat für Monat 50, 60, 70 Euro weniger in der Geldtasche sind, ihnen erklären können, ja da müssen wir halt die Energiewende machen, das können Sie alles machen, Sie können den 33.000 Menschen in dieser Stadt, die

unter oder an der Armutsgrenze leben müssen, ihr Dasein fristen müssen, denen können Sie gerne die Energiewende erklären. Das ist alles drinnen, nur es ist nicht gescheit, es ist auch nicht verantwortungsvoll. Die Intention der Kommunisten ist richtig, der KPÖ-Fraktion, nur das Instrument, über den Kamm eine amtliche Preisregelung einzuführen, können wir nicht mittragen. Tragen aber alles mit und bringen auch in diesen Gemeinderat ein, was dazu führt, dass wir jene Instrumente, die wir bereits haben, endlich nutzen und angesichts dieser Rekordinflation nicht mehr wegschauen.

GR. Mag. **Schönegger**: Ich mache es kurz und bündig, die ÖVP schließt sich den, zumindest inhaltlich gut ausgeführten, den ablehnend begründenden Wortmeldungen einiger vorheriger Redner an und wird der Dringlichkeit nicht Folge leisten.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Es ist auch hier in diesem Antrag ein ganz wichtiges Thema angesprochen, weil ja Preissteigerungen klarerweise Haushaltsbudgets belasten. Die Vorschläge, die hier gemacht werden, sehen wir nicht als umsetzbar, weil sie vielen Bereichen widersprechen. Nichtsdestotrotz möchte ich einen Punkte auch hier wieder herausgreifen, weil eben die Folgewirkung auch von einer Preisregelung, wie Sie es, Herr Kollege, hier fordern, eine Preisregelung weitere Maßnahmen auf vielen anderen Ebenen brauchen würde, wo es zum Beispiel einer Preislohnregelung gleichzeitig bedürfen würde. Auch gebe ich zu bedenken bei den Energiepreisen beziehungsweise auch bei den Energielieferanten, der Kollege der Grünen Fraktion hat es hier angesprochen, was ist beispielsweise, wenn die Bezugspreise steigen, der Fernlieferant kann nicht mehr liefern, so bleiben Wohnungen beispielsweise auch kalt. Also diese Maßnahmen sind hier zwar vorgeschlagen, ich denke, sie treffen aber nicht die Wurzel und demzufolge können wir die Überschrift zwar unterstützen, die Maßnahme nicht (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen im Gemeinderat! Grundsätzlich finde ich auch nichts Schlechtes an Ihrem Antrag, weil, wie gesagt, doch zwei große Probleme sind, das eine ist das Treibstoffproblem und das andere ist natürlich das von den Grundnahrungsmitteln. Jeder von uns weiß das. Kollege Grosz hat das heute gesagt, heute ist schon so, da spreche ich natürlich als Banker, können wir uns schon freuen, dass man fast bei jeder Tankstelle eine Bank aufmachen können, weil wenn man heute tankt, dann haben wir doch zwischen 80 und 100 Euro an Treibstoffkosten und genauso mit den Grundnahrungsmitteln. Nur, glaube ich, das Regulativ, was Sie einführen wollen, ist eh heute schon gesagt worden, es gibt ja schon die Möglichkeit des Ministers, nur macht er es nicht, denn ich glaube, das Regulativ ist nicht das, was man sich unbedingt erwartet. Deswegen, wie gesagt, ich komme gerade heute von der AK von der Vollversammlung, da gibt es die Möglichkeit, einen Antrag zuzuweisen, das gibt es leider hier im Gemeinderat nicht, ich würde sagen, der Antrag ist noch, von der Tendenz her ist er sicher richtig, aber nur er ist unausgegoren, weil noch viele Sachen drinnen sind, die nicht gehen beziehungsweise, die es schon gibt, die man nur wieder aufrufen sollte und ich würde vielleicht sagen, bevor Sie doch ein Begräbnis erster Klasse in Kauf nehmen, weil wie es jetzt anschaut, werden nur Ihre Stimmen sein, würde ich vielleicht doch vorschlagen, dass Sie den Antrag zurückziehen. Ich weiß schon, dass es natürlich plakativ ist, wenn man sagen kann, wir haben etwas gebracht im Gemeinderat, nur Wirkung werden Sie überhaupt keine dadurch erzielen und ich würde Ihnen vorschlagen, dass Sie den Antrag vielleicht zurücknehmen und beim nächsten Mal richtiger formuliert einbringen, weil dann fallen die Argumente weg...

Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Es ist richtig, nur sind eben, Frau Kollegin Kahr, es sind natürlich Sachen drinnen, die es eh schon gibt dann und ich brauche nicht etwas einbringen, was es eh gibt dann. Also so würde ich den Antrag zumindest umformulieren und beim nächsten Mal einbringen, dass auch, glaube ich, der Tendenz wird niemand im

Haus sowohl für hohe Benzinspreise noch für höhere Lebensmittel reden, sondern eher das Gegenteil, aber ich glaube, der Antrag ist einfach nicht richtig ausformuliert, man erkennt natürlich schon die Tendenz, dass Sie natürlich versuchen, ein bisschen populistisch zu agieren, aber es fehlt Ihnen an Substanz und deswegen werden wir auch der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Wippel**: Man merkt halt ganz deutlichen den Unterschied von Sitzungen knapp vor Wahlen und dann knapp nach Wahlen. Ich kann mich gut erinnern, so wie die letzten Gemeinderatssitzungen vor der Gemeinderatswahl, da hätte man als KPÖ fast den Antrag stellen können auf Abschaffung des Kapitalismus und er wäre durchgegangen. Jetzt habe ich etwas gefordert, was man eigentlich lange Jahre in Österreich gehabt haben und es sind alle Fraktionen dagegen. Alle sehen das Problem, aber keiner will es anpacken, das ist wirklich etwas Trauriges. Die Anregung vom Kollegen Gemeinderat Korschelt nehme ich gerne auf, ich setze mich gerne mit Ihnen zusammen, dass wir etwas detaillierter zusammen ausarbeiten und das nächste Mal einen Antrag einbringen, der auch Ihre Zustimmung finden kann. Wenn es der Sache nützt, habe ich keine Berührungsängste. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Petition an den Bundesgesetzgeber – Vertrag von Lissabon nicht wieder beleben

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum dritten Mal innerhalb von eineinhalb Jahren zu diesem Thema. Ich nehme an, Karl-Heinz Herper hat auch schon mit der Löwelstraße telefoniert. Welche Meinung dürfte sie heute haben?

Zwischenruf GR. Grosz: Das wissen sie nicht, denn in einer Stunde ist alles anders.

Mag. **Fabisch**: Mit ihrem Nein zum EU-Vertrag von Lissabon in der Volksabstimmung am 12. Juni 2008 hat die Bevölkerung von Irland sein Inkrafttreten unmöglich gemacht, wenn sich die EU an ihre eigenen Regeln hält. Alle Versuche, dieses Vertragswerk künstlich am Leben zu erhalten, werden die EU-weite Kritik an der Abgehobenheit der Regierungen nur noch verstärken. Es ist im Interesse der österreichischen Bevölkerung und der Neutralität unseres Landes, dass wesentliche Punkte dieses Vertrages, wie eine Verpflichtung zur Aufrüstung, die Einführung einer „Verteidigungsagentur“ zur Ankurbelung der Aufrüstung, eine militärische Beistandsverpflichtung, bitte das ist das vielgelobte Friedensprojekt EU oder die Sicherstellung eines „Binnenmarktes mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“, und damit auch die Unterordnung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter die Interessen eines gewinnorientierten Marktes jetzt nicht in Kraft treten können.

Die Ablehnung einer Volksabstimmung über den EU-Vertrag von Lissabon durch Bundespräsident, Regierung und durch die Mehrheit des Parlaments hat sich als ein schwerer Fehler herausgestellt. Das beweist jetzt auch die Haltung der Präsidenten von Deutschland, Polen und Tschechien, die den Vertrag in der jetzigen Situation nicht unterschreiben. Vor wenigen Tagen hat auch der sozialpolitische Sprecher der EU plötzlich festgestellt, dass die Sozialpolitik und die Arbeitnehmerrechte in der EU im Argen liegen und verbesserungswürdig sind. Das hat er erst festgestellt, nachdem die irische Bevölkerung ein klares Nein zu diesem miesen Vertrag gesprochen hat. Ein Dank an die Iren.

Die Diskussion der letzten Tage zeigt aber, dass sich die Lernfähigkeit bei unseren Regierenden in sehr engen Grenzen hält. Ein zusätzlicher Denkanstoß durch den Gemeinderat der Stadt Graz ist daher angebracht.

Daher stelle ich im Namen der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit folgender Petition an Bundesregierung und Parlament:

1. Die Republik Österreich möge das Aus für den Vertrag von Lissabon anerkennen und deshalb keine weiteren Schritte unternehmen, damit er doch in Kraft gesetzt wird.
3. Über künftige EU-Verträge haben in Österreich Volksabstimmungen durchgeführt zu werden.

(Applaus KPÖ).

10) Stärkung der direkten Demokratie

GR. Mag. **Mariacher** stelle folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der österreichischen Bundesverfassung ist der Einsatz des Instrumentes der direkten Demokratie geregelt, ich denke nur an die Begriffe Volksabstimmung, Volksbefragungen, Vertreter der Grünen waren seinerzeit ganz massiv dabei, wie es darum gegangen ist, noch 1978, glaube ich, war es, Zwentendorf-Abstimmung, die Frage der Kernenergie auf das politische Tapet zu bringen und dort auch wirklich einen entscheidenden Wandel mit der österreichischen Politik einzuleiten. Die Grünen waren aber nicht allein, es waren auch Vertreter von anderen Fraktionen, Sozialdemokraten zum Teil, genauso dabei, die damals in Opposition, würde man meinen, oder ich sage einmal, in einer kritischen Haltung hin zur seinerzeitigen

Kreisky-Regierung waren, aber genauso Freiheitliche und andere politische Vertreter, so wie es halt üblich ist, wenn Volksbestimmungen und Volksbefragungen eingeleitet werden. Das heißt Plebiszite sind durchaus verankert in der österreichischen Verfassung, politische Entscheidungen, das wissen wir aber alle, auch hier natürlich im Gemeinderat, fallen natürlich mehrheitlich in Form der repräsentativen Demokratie, in den gesetzgebenden Körperschaften, Landtagen, Nationalrat und auch die Vertretung im Gemeinderat ist ja dahingehend so strukturiert. Dennoch, wenn man nicht nur die Presse anschaut, sondern auch mit den Bürgern eifrig und intensiv im Gespräch ist, fällt einem auf in den letzten Jahren, aber ganz verstärkt in letzter Zeit, dass die Bevölkerung immer wieder den Eindruck hat, dass es hier einen sehr problematischen Umgang vieler, einiger Mandatäre gibt, wo einfach Entscheidungen getroffen werden, Meinungen vertreten werden oder Meinungen sich in Entscheidungen widerspiegeln, die nicht im Geiste, im Sinne der Menschen sind, die eine andere Linie, eine andere Meinung vertreten als die auf repräsentativem Weg gewählten Mandatäre. Es ist natürlich auch vielfach verlockend für Vertreter von Regierungsparteien, egal wie sie politisch besetzt sind, natürlich Entscheidungen in ihrem Sinne sozusagen durchzupeitschen bis durchzuwinken und auf kritische Argumente schon im Vorhinein zu verzichten. Das ist ja viel umfangreicher und aufwändiger in großen Diskussionen, in Diskussionen sich den Gegenargumenten zu stellen und eine Diskussion wirklich in dem Sinne als Gewinner zu verlassen oder einiges mitzunehmen an Kritikpunkten, um seine Meinung noch einmal zu überlegen oder gegebenenfalls abzuändern. Die Bürger wollen natürlich in keiner Weise in irgendeiner Form getäuscht werden. Vor der Wahl etwas zu verkünden, wie auf einem Gabentisch, und nachher nicht zu halten, wissen wir ist nicht im Sinne der Bürger, die Bürger wollen auch, auch in kritischen Fragen reinen Wein eingeschenkt bekommen vor der Wahl und nicht mit dem gepanschten Wein hinters Licht geführt werden. Die Bürgerinitiativen des Landes aber auch die FPÖ als Fraktion im Nationalrat haben in der Frage der EU, in Fragen des Lissabonner Vertrages nachweislich und wiederholt gefordert, dass in dem Fall bei einer ganz entscheidenden politischen Richtungsfrage des Landes, das Volk nach seiner Meinung gefragt werden soll, das Volk entscheiden soll, wie es zu diesem Vertrag steht, ob es diesen Punkten, Kollege Fabisch hat schon einiges ausgeführt, wie wir unseren Weg beschreiten in diesem gemeinsamen Europa. Und es waren alle anderen Parteien im Nationalrat, die sozusagen dieses Begehren nach einer

Volksabstimmung, das wir noch mit 200.000 Unterstützungsunterschriften bekräftigt und abgesichert haben, abgeschmettert haben.

Wir wissen alle, Politik ist einer Dynamik unterzogen, es gibt die Kräfte des freien Raumes und so ist es nicht, sage ich einmal, unerwartet, dass die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Österreich, aber auch Umfragewerte, ich denke an die jüngsten Werte des EU-Barometers, die Bundesspitze an der SPÖ gerade ermutigt haben, hier eine Kurskorrektur durchzuführen und ich beglückwünsche sie dahingehend, wenn ich davon ausgehe, dass diese Kurskorrektur wirklich vollzogen wird, nachhaltig vollzogen wird. Das heißt, in entscheidenden politischen Fragestellungen das Volk wirklich zu befragen und damit das Tor auch zu mehr Demokratie in unserem Lande weiter aufzumachen, je weiter desto besser. Das Volk will als Souverän wieder ernst genommen werden, das Volk will bei wichtigen Fragen selbstständig und eigenverantwortlich entscheiden können und nicht einen Maulkorb mehr oder minder umgehängt bekommen oder einfach von den politischen Mandataren für unmündig, für dumm abgestempelt werden.

Namens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, an den Nationalrat auf dem Petitionswege mit dem Ersuchen heranzutreten, die durch den österreichischen Nationalrat am 9.4.2008 erfolgte Ratifizierung des Lissabonner Vertrages nach dem ablehnenden Juni-Votum der irischen Bevölkerung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen und, sofern gesetzlich möglich, gegenständlichen Vertrag auch in Österreich einer Volksabstimmung zuzuführen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen, an den Nationalrat auf dem Petitionswege mit dem Ersuchen heranzutreten, wichtige Fragen der Demokratisierung des Landes, unserer Neutralität und Souveränität, zur Entwicklung unseres Sozialstaates sowie unserer österreichischen Bundesverfassung vermehrt Volksabstimmungen zu unterziehen, deren Entscheide jeweils als verbindlich anzukennen sind. Ich bitte um Unterstützung. Danke (*Applaus FPÖ*).

11) Abhaltung von verpflichtenden Volksabstimmungen im Rahmen der Ratifizierung von EU-Verträgen

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren auf der Stadtsenatsbank, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauertribünen! Ich darf Ihnen eingangs, und als Antragsteller steht mir das Recht zu, zu verlesen, nämlich den Inhalt des Antrages und darf Ihnen daher etwas kurz zur Kenntnis bringen:

„Sehr geehrter Herausgeber! Der neue EU-Vertrag von Lissabon hat in vielen Staaten Europas zu einer sehr kontroversiellen Diskussion geführt. Auch in Österreich wurde dieser Vertrag vor der Ratifizierung im Parlament ausführlich debattiert. In diesen Diskussionen wurde ein Unbehagen mit der Europäischen Union und ihrer Politik artikuliert, das uns allen zu denken geben muss. Dieses generelle Unbehagen fand auch im irischen Referendum über den Lissabon-Vertrag seinen Ausdruck. Die SPÖ respektiert das Ergebnis der irischen Volksabstimmung uneingeschränkt und vorbehaltlos.

Auch in Österreich besteht gegenwärtig eine weit verbreitete Skepsis gegenüber der EU. Nachdem eine überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher 1994 für einen Beitritt zur Europäischen Union gestimmt hat, begegnen wir heute einer Stimmung der Verunsicherung und manchmal auch Ablehnung. Viele Menschen sind enttäuscht und verärgert über die geringen Fortschritte, die die EU auf dem Weg zu einer Sozialunion erreicht hat. Viele Menschen beklagen das Demokratiedefizit der EU und die mangelnde Transparenz. Und viele Menschen haben den Eindruck, dass sich die EU nicht mit ihren tatsächlichen Problemen beschäftigt, sondern primär mit sich selbst.

Wir wollen diese Sorgen ernst nehmen und unseren Beitrag dazu leisten, dass die EU auf die Kritik positiv reagiert. Österreich soll sich als aktives Mitglied dafür einsetzen, dass die EU zu einer echten Sozialunion wird. Die Auswirkungen europäischer Entscheidungen auf Arbeitnehmer und klein- und mittelständische Unternehmen müssen wesentlich stärker berücksichtigt werden. Der österreichische

Arbeitsmarkt, der sich nun wieder so positiv entwickelt, muss durch Übergangsfristen geschützt bleiben. Im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel muss auch das Transitproblem endlich gemeinsam gelöst werden.

Die SPÖ wird sich in der Bundesregierung für eine bessere Informationsarbeit einsetzen, die die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft in der EU objektiv und nachvollziehbar darstellt. Auf der Basis einer kontinuierlichen Information und einer offenen Diskussion sind wir der Meinung, dass zukünftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen. Sollte also ein geänderter Reformvertrag neuerlich von Österreich ratifiziert werden müssen, so wollen wir den Koalitionspartner von dieser Vorgangsweise überzeugen. Dies gilt auch für einen möglichen Beitritt der Türkei, der unserer Ansicht nach die derzeitigen Strukturen der EU überfordern würde. Wir wollen an einem Europa arbeiten, das sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen auf diesem Kontinent orientiert, und damit das Vertrauen in dieses große Einigungswerk wiederherstellen.

Dr. Alfred Gusenbauer, Bundeskanzler der Republik Österreich, Werner Faymann, Bundesminister designierter Bundesvorsitzender der Sozialdemokratie.“

Wir sind der Meinung, dass zukünftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen. Also nicht, wir sind der Meinung, dass sämtliche Änderungen der EU, die in unsere Verfassung zutiefst eingreifen, einer Volksabstimmung unterzogen werden müssen oder auch nicht der Meinung, wo man sagt, alles was die EU beschließt und in Kernbereiche unserer Gesetze eingreift, einer Volksabstimmung unterziehen müssen, nein, alles was die Interessen Österreichs berührt, einer Volksabstimmung zu unterziehen. Eigentlich kann man nur unterstützen. Hochachtung, Hut ab durch diese späte Erkenntnis, die Erkenntnis, die offensichtlich nicht zuletzt dadurch entstanden ist, dass ein Land Europas die demokratische Möglichkeit bekommen hat, von ihren Regierenden, auch ihr Recht auszuüben. Österreich, der demokratischen Republik Österreich, deren Recht vom Volks ausgeht, wie im Artikel 1 so schön geschrieben ist, den Österreicherinnen und Österreichern wurde dieses Recht versagt, durch Bundeskanzler Gusenbauer, Vizekanzler Molterer und Grünklubobmann Van der Bellen im Parlament.

Währenddessen die Iren uns auf der grünen Insel zeigen, dass es noch Funken von Demokratie am großen Kontinent Europa gibt, hat es uns die Österreichische Bundesregierung verweigert und im Speziellen die Sozialdemokratie. Aber ich will verzeihen, weil ich der Meinung bin, dass jeder auch eine zweite Chance bekommen soll und daher bin ich sehr zufrieden und auch sehr dankbar, dass diese Einsicht sich breitgemacht hat. Dass sich die Sozialdemokratie außerhalb des Verfassungsbodens stehend wieder in den Verfassungsboden und auf den Boden der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf diesen Boden zurückgekehrt ist. Ich bin dankbar dafür. Ich bin dankbar, dass ein überheblicher Parolekanzler, besser bekannt als Umfaller-Fredi, sich endlich seiner Stimmen der letzten Nationalratswahl besinnt hat und gesagt hat, jawohl, ich bin Bundeskanzler der Österreicherinnen und Österreicher und nicht Bundeskanzler des Kommissionspräsidenten. Ich bin dankbar, dass wir so einen Bundeskanzler mittlerweile haben, der es richtig erkannt hat, dass man nicht gegen die Bevölkerung regieren kann und darf. Können nur bis zur nächsten Wahl, die hoffentlich so rasch als möglich über dieses Land wieder kommen wird. Dürfen niemals, denn in der Verfassung steht ja nicht zu Unrecht, alles Recht geht vom Volk aus. Und daher bin ich dankbar über diesen Meinungsschwenk, daher bin ich dankbar über diese späte Einsicht und diese Rückkehr zur Demokratie und daher sehe ich, das soll auch diesen Antrag legitimieren, daher sehe ich auch die Chancen von drei demokratischen rechtschaffenen Parteien in diesem Gemeinderat, den Freiheitlichen, den Kommunisten und dem BZÖ, die Chance gestiegen, dass sich auch diese drei Parteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie, die ja den Namen Demokratie in ihrem Namen trägt, dazu entschließen kann, auch in Österreich wieder ein Stück mehr der Bürgerbeteiligung einzuführen. Ich würde mir wünschen, wenn auch die Grünen mit an Bord wären, die Grünen sind durch Bürgerbeteiligung in Hainburg entstanden, Freda Meisner-Blau, Herbert Fux, das sind Menschen die für Demokratie gekämpft haben, im Übrigen auch hin und wieder gegen die EU. Ich würde mir wünschen daher, dass wir hier auch eine Achse zustande bringen jener, die sagen, wir fürchten uns nicht vor den Menschen, jeder mag für oder gegen die EU sein, jeder mag Kritikpunkte finden. Der eine ist der Meinung, wir brauchen ein Kerneuropa, der andere ist der Meinung, Ratifizierungsverträge müssen gesamteuropäisch angestimmt werden. Aber das kann doch uns nur einen, indem wir, egal welche Stellung wir auch zum Thema EU haben, niemals vergessen, dass auch die EU ein Konstrukt der Menschen, aber niemals ein Konstrukt der

Institutionen und Behörden sein darf. Wir haben keine EU, die nur in den Köpfen der Menschen verankert sein soll, sondern wir haben eine Europäische Gemeinschaft, eine Europäische Union als Friedensprojekt, die die Herzen der Menschen erreichen soll. Aber die wird nur die Herzen der Menschen erreichen, wenn sie endlich Offenheit ausstrahlt, Transparenz ausstrahlt, Bürgerbeteiligung ausstrahlt und Demokratie zulässt und das ist auch der Inhalt unseres Antrages, den wir nicht zuletzt auch die Vorlage dieses Inhaltes dank dieses sehr guten Briefes an den Herausgeber der größten Österreichischen Tageszeitung, Vertreter der Kleinen Zeitung möchte kurz seine Ohren zustöpseln, wollen wir keinen Konkurrenzkampf aufkommen lassen, an den Herausgeber Hans Dichand, auch im Volksmund Onkel-Hans-Bundeskanzler genannt, geschrieben hat. Und daher hoffe ich, dass die Sozialdemokratie zustimmt, denn wenn sie nicht zustimmen würde, würde man ja zu Recht sagen, dort wo andere Menschen ein Rückgrat haben, haben Sozialdemokraten einen Gartenschlauch, das will ich nicht. Ich glaube auch nicht, dass die Sozialdemokraten charakterlos sind, ich bin mir sicher, die Sozialdemokraten stehen zur Demokratie, stehen auch zum Wort ihres Parteivorsitzenden und ihres Bundeskanzlers und werden selbstverständlich diesem Antrag zustimmen und ich freue mich ja auch, denn alles andere wäre ja ein Wahnsinn. Alles andere wäre ja: Herzlich willkommen in Knittelfeld, Klubobmann Herper, dann könntet ihr ja gleich heute im Kongresshaus Knittelfeld anrufen, euren Parteitag nicht im Oktober in Graz machen, denn Graz hat noch einen guten Ruf, beschädigt diesen Ruf nicht, sondern verlegt ihn vor, gebt ihn ins Kongresshaus nach Knittelfeld, die haben Erfahrung in Blutorgien, in Säbelschneidereien, montiert dort eure Führungsspitze ab, versinkt im Chaos, löst euch als Partei auf, das will ich nicht, ihr seid Partner in vielen Fragen und daher freue ich mich, dass die Sozialdemokraten heute einen Beweis abliefern, dass sie Wort halten, Wort halten, wie es Alfred Gusenbauer, wie es Werner Faymann vielen schwach gewordenen Sozialdemokraten vorgezeigt hat und in diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung sowie den Nationalrat auf, sämtliche von Österreich zu ratifizierenden EU-Verträge – die eine grundlegende Änderung der österreichischen Bundesverfassung und unserer Gesetze zur Folge haben - einer verpflichtenden Volksabstimmung zu unterziehen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus BZÖ und FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Wir vertreten eine Haltung mit offenem Visier, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, die formuliert wurde von den demokratisch gewählten Repräsentanten Österreichs, von den Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates und es hat zum Lissabon-Vertrag ein Votum im Parlament gegeben und im Bundesrat. Das hat gelautet: 68 Pro-Stimmen für den Lissabon-Vertrag der SPÖ, 66 der ÖVP und 21 der Grünen, gibt 155 gegen 28, das sind 21 FPÖ- und 7 BZÖ-Mandate. Und ich möchte, und ich habe diese Zahlen deswegen angeführt, weil ich diese Anträge einfach nicht hinnehmen kann und stehen lassen kann, nämlich den Appell der Freiheitlichen an den Herrn Bundespräsidenten, angesichts eines verfassungsmäßig zustande gekommenen und der Verfassung entsprechenden Votums ihm auch nur den geringsten Vorwurf zu machen oder ihm auch eine Ehrung deswegen vorzuenthalten. Es wäre die Aufforderung zum Verfassungsbruch, der Bundespräsident hat die Möglichkeit und die Verpflichtung, ausschließlich wenn Gesetze nicht gesetzeskonform zustande gekommen sind, und da zweifelt die Lehre, auch dann, wenn sie verfassungswidrig sind, von seiner Gegenzeichnungsverpflichtung nicht Gebrauch zu machen. Er beurkundet das verfassungskonforme, gesetzeskonforme Zustandekommen von Gesetzen. Das war für mich auch schon die Begründung, warum wir die Dringlichkeit dieses Antrages ablehnen, weil es gibt gar keinen Anlass derzeit, nach dieser gültig erfolgten Ratifizierung des Lissabonvertrages, und ich schließe mich selbstverständlich und die Volkspartei nicht den Ausführungen an, die diesem Vertrag unterstellt werden, wie undemokratisch oder gar eine Beistandsverpflichtung Österreichs, das ist ausdrücklich in dem Lissabon-Vertrag festgehalten, kann in jedem einzelnen Fall freiwillig entscheiden, ob es einen militärischen Beistand leistet. Ich möchte mit solchen Schauernmärchen bitte aufräumen, auch die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge sind dem Nationalstaat anheim gestellt in der

Regelung, keine Panik und keine Euroskepsis schüren, wir stehen zum Lissabon-Vertrag, wir stehen zu Europa und wir stimmen daher der Dringlichkeit dieser drei Anträge nicht zu (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich muss schon ein bisschen schmunzeln, nicht nur der Chef persönlich, ich gehe sogar noch zum Rednerpult, ich habe mir das kurz überlegt, weil eigentlich ist das eine einfache Sache für mich. Die Dringlichkeit ist aus sozialdemokratischer Sicht aber so was von überhaupt nicht gegeben. Der Antrag ist dermaßen überflüssig, dass auch die Aufforderung des von mir ob seiner durchaus originellen Redebeiträge durchaus geschätzten Kollegen Gerald Grosz, mit in gebückter Haltung durch die Welt zu schlendern, von uns nicht aufgenommen werden wird, weil, er hat ja ein paar gescheite Dinge gesagt, leider alles aus der Leseübung heraus. Zum Beispiel, viele Menschen haben den Eindruck, die EU kümmert sich mehr um eigene Dinge und eigene Auseinandersetzungen und wenig um die Anliegen der Menschen. Ja, wenn ich mir die heutige Gemeinderatssitzung und diese elende Latte von Petitionsdringlichen anschau, ja welchen Eindruck sollen denn die Grazerinnen und Grazer von diesem Parlament, von diesem Stadtparlament haben? Doch keinen anderen als, dass es da nur um irgendwelche taktischen Geplänkel, Spielchen und hin und her geht, um nichts anderes. Und jetzt, ganz ehrlich, eigentlich ist die Zeit dafür zu schade, um zu glauben, die Grazerinnen und Grazer haben nichts anderes zu tun, als den Herrn Grosz in seinen taktischen Spielchen zu folgen, das heißt nur, dass kann nur jemand sein, der mit Graz überhaupt nichts am Hut hat. Hier geboren oder woanders geboren, ist völlig egal, er weiß nicht, was wirklich die Sorgen der Grazerinnen und Grazer sind, sicher nicht die Leserbriefe, die in einzelnen Druckwerken in diesem Land erscheinen, meine Damen und Herren. Und dann kommt noch was anderes dazu. In Wirklichkeit, und da schätze ich in Wirklichkeit den Antrag der FPÖ sehr viel mehr, weil der nicht camouffiert, nicht so tut, als ob es um etwas anderes ginge. Die FPÖ sagt ganz klar, wir sind gegen diese Europäische Union und nennt ein paar Gründe. Meiner Meinung nach völlig falsche, da liegt ihr einfach daneben, liegen Sie daneben, Verzeihung, dass ich dieses joviale Du verwendet habe, aber in der politischen Auseinandersetzung kann man dann dafür oder dagegen sein. Was schon ganz

komisch ist, ist, wenn hier jemand zuerst sagt, er will keine Redeübungen haben, jetzt Statut hin oder her oder Geschäftsordnung hin oder her, und dann seitenweise eine solche Redeübung hier abhält. Meine Damen und Herren, wir brauchen uns dazu nicht allzu viele Gedanken im Moment zu machen, weil es eine Europadeklaration der Stadt Graz gibt, zu der sich die Sozialdemokratie zur Gänze bekennt und das ist eine ganz, ganz klare Position. Seit dem Jahr 1994, jetzt würde mich natürlich interessieren, wie die Parteien damals abgestimmt haben, das BZÖ weniger, weil das hat es damals noch nicht gegeben, das war noch vor Knittelfeld, bevor ihr euch gegenseitig die Köpfe blutig geschlagen habt, rhetorisch natürlich nur...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Na ja, wahrscheinlich, weil sie dich gar nicht reingelassen haben, ich weiß ja nicht, aber...

Zwischenruf GR. Grosz: Ich war damals im Regierungsflügel beheimatet.

StR. Dr. **Riedler**: Ach so, Regierungsflügel hat das geheißen, na gut, ist ja auch völlig unwichtig, völlig uninteressant. Das, worum es mir hier geht, ist dass es ein klares Europabekenntnis der Grazer Sozialdemokratie gibt und an diesem Europabekenntnis wird sich nichts ändern, da kann man uns noch so provozieren (*Applaus SPÖ*), da kann man noch so locken, an dieser Position ändert sich nichts und unter anderem möchte ich sagen, wir sind auch nicht einen Millimeter weit weg von der Position des Bundespräsidenten. Wir bekennen uns zu allem, was der Bundespräsident gesagt hat und dazu gehört auch ein Aspekt, den Peter Piffli

erwähnt hat. Kritisch wird die ganze Geschichte, wenn man Vorgänge, die im Parlamentarismus und damit in der Demokratie selbstverständlich sind, zu denunzieren beginnt und so tut, als ob das nicht Demokratie wäre, natürlich ist das Demokratie und es ist völlig klar, dass eine Ratifizierung, die man jetzt von manchen Seiten versucht auszuhebeln, erfolgt ist und zwar nach den Regeln der Demokratie, nach nichts anderem. Auch dazu bekennen wir uns selbstverständlich. Ich wäre froh, wenn der Gemeinderat endlich beginnen würde, sich hier und heute mit den Sorgen der Grazerinnen und Grazer zu befassen und nicht irgendwelche Politspielchen hier abführen würde und daher werden wir die Dringlichkeit selbstverständlich ablehnen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also ich bin nicht der Meinung, dass das, was in der EU vor sich geht, nichts mit den Grazerinnen und Grazern zu tun hat. Ich bin auch nicht der Meinung, dass das die Grazer und Grazerinnen nicht interessieren sollte. Denn, mindestens drei Viertel aller Entscheidungen auf der EU-Ebene betreffen die Kommunen, also, und das sage nicht nur ich, sondern das sagt zum Beispiel der Vorsitzende, der Michl Häupl, er ist Vorsitzender, wenn Sie das letzte „Kommunal“ angeschaut haben, Gremium habe ich mir nicht gemerkt, suche ich jetzt auch nicht heraus,...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder**: Nein, das zeigt, Herr Kollege, dass Sie einen sehr eigenartigen Sinn von Humor haben, er bleibe Ihnen überlassen, offenbar haben Sie nicht ganz verstanden, was Ihre Partei will, denn die nimmt das offenbar sehr ernst. Warten Sie einmal, ich sage es Ihnen, damit Sie nicht so unzufrieden dann von da weggehen müssen, oder vielleicht finde ich es einmal in der Pause, dann sage ich es Ihnen in der Pause. Jedenfalls (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) möchte ich

Ihnen ein Beispiel geben, Herr Kollege von der FPÖ, die sie so gut feixen können, warum das die Bürgerinnen und Bürger von Graz sehr wohl betrifft, was auf EU-Ebene passiert. Denn in demselben Heft, das Sie offenbar nicht einmal kennen, geht es um den sozialen Wohnbau und da unterscheidet uns Grüne sehr viel von allen drei Antragstellern, und ich werde es dann auch noch erläutern warum. Da geht es um den sozialen Wohnbau, und die EU stellt fest, dass der Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum ein Grundbedürfnis und ein Grundrecht jedes Einzelnen ist und dass sozialer Wohnbau den Interessen des Gemeinwohles dienen muss und daher nicht den allgemeinen Wettbewerbsregeln unterworfen werden darf. Jüngste Darstellung der EU, dass die Daseinsvorsorge weitgehend aus der Dienstleistungsrichtlinie auszuklammern ist usw. Sie würden viel lernen, wenn Sie sich das anschauen würden. Warum unterscheidet uns Grüne aber dennoch viel von den Antragstellern der FPÖ und des BZÖ und auch, aber nicht so viel, aber doch auch von der KPÖ? Wir Grüne sind für die EU, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass das das große Projekt ist, das uns nicht nur auf weite Strecken bis jetzt den Frieden gesichert hat, sondern wesentliche Verträge abgeschlossen wurden und wesentliche Dinge in der EU, sei es im Umweltschutz, nur als einen Bereich jetzt herauszugreifen, beschlossen werden, die sehr große und positive Auswirkungen haben, allerdings sage ich auch, gibt es in dieser EU vieles, was verändert werden muss. Der EU-Vertrag, auch der zweite, der jetzt so Reformvertrag genannt wird, hat nach wie vor, oder weist nach wie vor ein hohes Sozialdefizit auf. Demokratiedefizite, obwohl sich hier einiges geändert hat und die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt wurden. Wenn ich an die Integration und Migrationspolitik denke, da sehe ich ungeheuren Handlungsbedarf und da erinnere ich mich zum Beispiel an den Herrn Mariacher. Herr Mariacher, wenn Sie sagen, die Herzen der Menschen erreicht die EU nicht, wissen Sie, mir kommt das Gruseln, wenn ich mir denke, Sie erreichen die Herzen der Menschen. Ich kann mich sehr gut erinnern an das MigrantInnenheim in Puntigam, wo Sie damals aufgetreten sind und mitgejohlt haben gegen jene Männer, die dort unten ihre Unterkunft gefunden haben und da habe ich mir gedacht, um Gottes Willen, wie ich Sie dann hier gesehen habe und heute reden Sie, man muss die Herzen der Menschen erreichen, da denke ich mir, hoffentlich nicht, hoffentlich schaffen Sie es nicht, denn da ist mir wirklich kalt geworden, wie Sie gegen die Männer, die dort unten eingewiesen wurden, vom Leder gezogen sind. Ich möchte aber der KPÖ auch Folgendes sagen: Ich kann

mich gut erinnern an die Plakate „Großer Fisch frisst kleinen Fisch“, Austritt aus der EU (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.

GRin. **Binder:** Das war nicht Beitritt. Was ich respektiere ist, wenn eine Partei klipp und klar sagt, wir sind gegen die EU. Das tut ihr nicht, ihr greift wichtige Dinge auf, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen, dazu habe ich mich viel zu sehr auch mit der EU befasst, aber den Mut zu haben zu sagen, es wäre alles im Nationalstaaten besser, also weg mit der EU, den fordere ich ein. Insofern sage ich, sind diese Anträge für mich viel zu populistisch, als dass ich sie so ernst nehmen kann, wie ich sie gerne ernst nehmen würde. Wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu, es gibt keinen Grund, einen Aberkennungsakt des Lissabonner Vertrages jetzt zu starten, wie wohl ich aber hundertprozentig für eine Volksabstimmung immer war und es auch sein werde, ich eine europäische Volksabstimmung bevorzugen würde und solange es die nicht gibt, nach wie vor hinter einer österreichischen Volksabstimmung stehen würde und das werde ich auch immer tun und hier spreche ich aber nicht für meinen gesamten Klub, für einen Teil dieses Klubs, dennoch wir werden mit euren Anträgen in dieser Form nicht mitgehen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat, zum Schlusswort. SPÖ Stadtrat Riedler hat gesagt, es geht der Chef selbst zum Pult. Mit dem heutigen Stimmverhalten werdet ihr in Zukunft ausschließlich nur mehr aus Chefs bestehen und nicht mehr. Den Menschen etwas vorzugaukeln, dass man für Demokratie steht, aber auf der anderen Seite die Demokratie abzulehnen, das durchschauen die Menschen und wir werden natürlich auch dafür Sorge tragen, dass die allgemeine Öffentlichkeit in Österreich, aber auch wieder in Graz, es erfährt, dass die Sozialdemokratie von einem viertägigen Lichtblick wieder zum Schatten der Undemokratie zurückgekehrt ist, Onkel Hans wird

es freuen, seine 3,3 Millionen Leser wird es freuen und die noch verbliebenen Restbestände an sozialdemokratischen Wählern, wenn sie überhaupt noch vorhanden sind, wird es freuen. Ich wünsche euch allen, liebe Genossinnen und Genossen, viel Spaß, warm anziehen, die Mandate sind Gott sei Dank im Grazer Gemeinderat auf die nächsten viereinhalb Jahre gesichert. Beim Nationalrat in der Bundesregierung sicher nicht mehr, denn Verantwortungslosigkeit, umfallen wie Besenstiele, das lehnen die Menschen ab. Linie halten, egal pro oder kontra, aber eine gespaltene politische Persönlichkeit, die an einem Tag das sagt, am anderen Tag wieder das und sich dieses Meinungslotto auch noch in einer österreichischen Bundesregierung befindet, das werden die Menschen nicht goutieren. Zur Frau Kollegin Klubobfrau Binder darf ich nur sagen, Freda Meissner-Blau, die Gründermutter, wenn man das so sagen darf, der Grünen Bewegung hat sich an die Spitze in Österreich einer demokratischen Bewegung gestellt, vieler Initiativen gestellt, um Demokratie in Österreich wieder einzuführen, Demokratie Platz zu schaffen, erklären Sie doch in Hinkunft, dass Sie auch nicht mehr Grün sind, denn das sind Sie nicht mehr. Die Grünen Grundsätze haben Sie nicht nur in Graz verraten, die haben Sie auch auf vielen anderen Ebenen verraten, färben Sie sich um, es ist lila noch frei, es ist rosa noch frei, schwarz nicht mehr, obwohl das dem traurigen Zustand einigermaßen entsprechen würde. Es sind noch viele Farben frei, aber bitte färbeln Sie sich um, seien Sie nicht mehr Grün, denn im Herzen sind Sie es auch nicht mehr. Sie sind ein Verein der Beliebigkeit, der egal, wo er sitzt, so handelt oder tut, ein Verein mit unterschiedlichen Strömungen, die keine verantwortungsvolle Politik mehr garantieren und weil Sie vorher gesprochen haben, Sie nehmen die Anträge vom Kollegen Mariacher, der KPÖ und mir nicht ernst, dann sage ich Ihnen eines, Sie nehmen sie nicht ernst, Sie unterstützen sie nicht.

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

GR. **Grosz:** Vielleicht erklären Sie es mir dann in der von Ihnen angekündigten Pausenstunde. Wenn ich mein Jausenbrot zwischen BWL und Volkswirtschaftslehre

oder umgekehrt.. alles kein Problem, wir haben dann hoffentlich eh Pause und die Glocke läutet. Aber weil Sie gesagt haben ernst. Ernst nehmen diese Sorgen immerhin drei honorige Persönlichkeiten Europas, Kasczynski, Horst Köhler, Wazlav Klaus, ja da sind alle in einem Boot mit dem Kasczynski-Brüdern, aber wie gesagt, das sind honorige Personen, die offensichtlich verstanden haben, dass man nicht gegen die Bevölkerung regieren darf und kann, die Sozialdemokratie hat es nicht verstanden, ich wünsche Ihnen noch viel Glück für die Zukunft, lange wird es sie mit dieser Linie weder in Graz noch auf Landes-, noch auf Bundesebene geben. Mit einem herzlichen Freundschaft.

GR. **Mariacher:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst einmal auf die ÖVP eingehen, auf den Klubobmann, der gemeint hat, dass Wohl und Weh liegt in der repräsentativen Demokratie. Ich wünsche ihm alles Gute, das mag dann der Fall sein, wenn die Meinungen oder die Entscheidungen, die dort getroffen sind, wirklich so vom Volk so erwünscht und erwartet und gutgeheißen werden. Die Meinungsumfragen, und wenn man sich bei den Leuten aufhält, belegen, dass es nicht immer, aber in vielen Dingen, eben nicht der Fall ist und das zeigt eben diese Schwächen der repräsentativen Demokratie auf, das zeigt auf, dass diese repräsentative Demokratie massiv beeinflusst wird von Interessensvereinigungen, von Lobbyisten von Gruppen, die gar nicht einmal allein aus Österreich aus agieren, nicht umsonst ist ja dieses EU-Projekt auch so zentralistisch ausgerichtet worden, um großen Konzernen, um internationalen Lobbyisten auch einen maximalen Einfluss zu ermöglichen, dass sie nicht von Paris nach Berlin, nach Rom usw. pendeln müssen, sondern sich bereits ihre Hauptquartiere in Brüssel und in Straßburg angesiedelt haben. Ich wünsche eine Verabschiedung auch vom Begriff der Volkspartei, weil Sie sich damit, mit diesen Weg, wenn sie ihn weiterhin beschreiten, immer stärker auch vom Willen des Volkes, vom Willen unserer eigenen Bevölkerung verabschieden. Ein Punkt bei der Frau Kollegin Binder, da hat sie Recht gehabt am Anfang, der erste Satz war das, dass sehr viele Entscheidungen, die auf EU-Ebene fallen, natürlich Auswirkungen auf die Kommunen und somit auch auf die Stadt Graz haben, damit war aber die Weisheit schon ziemlich am Ende. Und, wenn man glaubt, dass man, wenn es auch den anderen nicht passt, mit Äußerungen, die

zum Wohle der Bevölkerung und zum Wohle der örtlich ansässigen Bevölkerung sind, am Holzweg ist, dann kann ich jedem nur sagen im Sinne einer politischen Schulung, das ist falsch, der Erfolg gibt uns Recht, dass wir gerade in Puntigam ein maximales Ergebnis mit 18 % erreicht haben und dass wir dort sehr wohl die Herzen und das Hirn der Bevölkerung getroffen haben und wir werden diesen Weg des Schutzes dieser Bevölkerung massiv weiter unterstützen (*Applaus FPÖ*). Den Sozialdemokraten, da kann ich dem Kollegen Grosz insofern Recht geben, laufen wirklich Gefahr. Die Gefahr ist, dass, wenn man diesen Weg beschreitet, und ich spreche da den Stadtrat Riedler auch an, der natürlich als Chef im Ring sozusagen das Wort ergriffen hat, und den ich durch viele, viele Wortmeldungen auch in den Ausschüssen und im Gemeinderat sehr schätze als intellektuellen Kopf, als jemand, der das Wort auch gut führen kann, eine persönliche Wertschätzung kann durchaus angebracht sein, aber, wenn dieser Weg beschritten wird, der in Wien anscheinend schon anders betrachtet wird, dass man dort sehr wohl erkannt hat und die Umfragewerte entsprechend interpretiert hat, dass hier ein Kurswechsel notwendig ist, ein bundespolitischer Kurswechsel, der auch in den Ländern und natürlich auch in der zweitgrößten Landeshauptstadt in Österreich Platz greifen soll, wenn man den nicht erkennt, dann wünsche ich insofern gute Nacht, weil das der beste Weg ist und das ist wirklich ein Rat auch, um sich von den Wählern massiv abzukoppeln, um einer weiteren Erosion des Wähleranteiles, des Wählerschwundes mehr oder minder den Weg zu beschreiten und in dem Sinne ist das für die Freiheitlichen ein Geschenk, wenn so etwas gemacht wird. Ich denke, dass wir am richtigen Weg sind und ich glaube, dass andere gut beraten wären, diesen Weg, der zum Thema mehr Demokratie Platz zu greifen, dass wir nicht in allen Fragen einer Meinung sind, ist für mich ganz klar, da gibt es unterschiedliche Zugänge, aber eines sollte man sagen, das Volk ist das Souverän, das Volk hat Entscheidungen zu fällen, das Volk ist bei Entscheidungen zur Runde zu bitten zu wichtigen Entscheidungen des Landes und das sollte man nicht verhöhnen, oder da sollte man nicht ausgrenzen und sagen, wir haben eh vor drei Jahren gewählt und zu einer aktuellen brisanten wichtigen Diskussion darf das Volk nicht seine Meinung äußern und nur maximal Leserbriefe schreiben. Das kann es nicht sein und ich lade alle ein, diesen Weg zu mehr Demokratie in unserem Land in Österreich zu gehen und unseren Antrag zu unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst zu den beiden Anträgen der beiden Mitkollegen etwas sagen. Zuerst zum Antrag der freiheitlichen Partei, wir unterstützen die Intention des Antrages, sind aber der Meinung, dass wir uns jetzt zum Lissabonner Vertrag eine Volksabstimmung wirklich schenken können, denn der Lissabonner Vertrag ist nach EU-Regeln tot, das muss klar sein. Zum BZÖ möchte ich sagen, als die Damen und Herren des BZÖ in der Regierung waren, hat auch Kollege Grosz als Sprecher eines Ministeriums oder eines Staatssekretariats auch nie etwas von sich hören lassen, was es an EU-Kritik beziehungsweise an einer Forderung nach einer Volksabstimmung geben könnte. Ich freue mich sehr über diesen Gesinnungswandel. Zu Stadtrat Riedler möchte ich sagen, den ich wirklich sehr schätze als hochintelligenten und kulturell durchaus enorm gebildeten Menschen, möchte ich schon sagen, dass es mich erschreckt hat, dass man hier in an diesem Pult sagen kann, die EU und ihre Beschlüsse haben für Graz kaum eine Bedeutung.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Mag. **Fabisch**. Der Sinn war trotzdem der gleiche. Zu den Grünen möchte ich sagen, liebe Kollegin Sigi Binder, die Belastungen, die uns durch das Wirtschaftskonzept der EU in der Kommune jetzt treffen, wird es für Graz und für alle anderen Städte immer schwieriger machen, den sozialen Wohnbau zu sichern, das muss klar sein. Widerstand geht nur auf nationaler Ebene, die Forderung nach einer europaweiten Volksabstimmung, das wissen wir, das habe ich das letzte Mal auch gesagt, ist ja ein Schmä, der müsste ja viele Verfassungen ändern. Diese EU, das glauben wir, das haben wir vor der Volksabstimmung gesagt, sagen wir auch heute, ist nicht korrigierbar, sie dient den Interessen der Großkonzerne und des militärindustriellen Komplexes und nicht den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung. Wir werden in wenigen Jahren, davon gehe ich aus, wieder mit dieser Problematik konfrontiert werden, wieder wird es nur geringfügige Kaschierungen geben und wieder sind die Nationen, die Bevölkerung der verschiedenen Staaten aufgefordert, dagegen

Widerstand zu leisten und sich nicht den abgehobenen Eliten auszuliefern.
Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des BZÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, die dringlichen Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Gehsteigreinigung im Grazer Universitätsviertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich habe Ihren Fingerzeig verstanden, dass wir nur mehr sieben haben, ich werde dementsprechend auch versuchen sehr kurz zu sein, den ersten dringlichen Antrag, Gehsteigreinigung im Grazer Universitätsviertel, alle eh bekannt dann. Zwischen 25.000/30.000 Lokalbesucher von nah und fern überfluten jedes Wochenende das Universitätsviertel in Graz. 3.600 Personenfahrten in Spitzenzeiten und bis zu sechs Taxifahrten gleichzeitig von nur einem Standplatz.

Am 23.6. hat eine Bürgerversammlung auf der Universität stattgefunden, wo über 150 Betroffene aus dem Universitätsviertel ihren Unmut lautstark artikuliert haben und ich habe mir erlaubt, im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs, um ein

bisschen, zumindest helfend, eingreifen zu können, folgenden dringlichen Antrag zu stellen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge im Sinne des obigen Motivberichts beschließen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz aufgefordert werden, als Sofortmaßnahme zur Entlastung der Anwohner ein Modell zur Ausweitung der Straßenreinigung auf die Gehsteige im Universitätsviertel in den betroffenen Wohnbezirken St. Leonhard und Geidorf zu erarbeiten und den Gemeinderat alsbald darüber zu informieren (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antragsteller war selber vor ungefähr 20/30 Minuten hier am Rednerpult und hat hinsichtlich eines eingebrachten dringlichen Antrages des Kollegen Wippel festgestellt, der ist unausgegoren und es wäre gescheit, bevor es ein Begräbnis erster Klasse wird, den zurückzuziehen, er ist populistisch, er ist falsch formuliert. Jetzt frage ich, wenn er die Fehler bei einem anderen erkennt, warum erkennt er dann die inhaltliche Schwäche seines eigenen Antrages nicht? Man muss sich einmal vorstellen, da gibt es Gastwirte, wobei ich eines vorweg schicken möchte, auch wir wissen, dass diese Zustände im Uni-Viertel untragbar sind. Also über die inhaltliche Geschichte und über den Zugang zu der Problematik, glaube ich, sind wir uns hier in diesem Haus alle einig. Nur die Frage ist, wie löse ich das und jetzt muss man sich eines vorstellen, und ich schätze an und für sich den Herrn Mag. Korschelt, geht er zu einer Bürgerbesprechung hin und in seiner großen Not anscheinend und um die eine oder andere Wählerstimme zu heischen und dort, wie gesagt, nicht davongejagt zu werden, kommt er auf die glorreiche Idee und verspricht den Leuten dort, die Stadt Graz oder er wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt Graz in Zukunft die Gehsteigreinigung übernimmt, die ganz klar Angelegenheit, wie gesagt, der Hauseigentümer und Liegenschaftseigentümer ist,

und ich muss eines dazusagen, kommt nicht auf die Idee, vielleicht zu sagen, wenn es schon einen Verursacher gibt und wenn es dort schon Personen gibt und Lokalbesitzer gibt und Kaffeehausbesitzer gibt, die dort tagtäglich Nacht für Nacht unheimlich viel Geld scheffeln, dann sollen bitte diese Personen, die aus diesen Zuständen, Umständen auch Gewinn scheffeln, dann sollen die gefälligst einen Reinigungsdienst beauftragen und sollen die dafür sorgen, dass dort gereinigt wird. Das nächste Beispiel, und da hätte ich mehr Verständnis, wenn der Kollege Mag. Korschelt daherkommt und sagt, die Leute am Schönaugürtel die haben ein wahnsinniges Problem, dort fahren jeden Tag 10.000 Pkw und wir schicken ihnen von der Stadt Fensterputzer hin, weil dort die Fenster natürlich öfter zu putzen sind als im Geidorfviertel oder dergleichen. Das heißt im Klartext, um es zum Abschluss zu bringen, wir erkennen die Problematik, nur der Zugang zur Lösung ist ein falscher. Ich sehe nicht ein, dass hier die Stadt, und wo hören wir dann auf, hören wir dann auf bei der Gehsteigreinigung, machen wir den Winterdienst auch gleich mit und der nächste sagt, wissen Sie was, klass wäre, weil ich habe einen unguuten Nachbarn, die Stadt soll mir vielleicht die Hecken noch schneiden und ab und zu einer den Rasen mähen, das heißt, wir müssen jetzt schon wissen, was ist Aufgabe der Stadt und was ist Aufgabe der Hauseigentümer, der Liegenschaftseigentümer und letztendlich geht es auch um die Verantwortung von jenen, die für diese Zustände zuständig sind und verantwortlich sind. In diesem Sinne inhaltlich klingt es nicht schlecht, nur vom Zugang, vom Lösungsansatz muss ich leider, weil Schulschluss ist, leider sagen, es ist eine glatte Fünf, aus diesem Grund ist die SPÖ-Fraktion gegen die Dringlichkeit und gegen den Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte anwesende Damen und Herren der Stadtregierung! Kollege Korschelt, Sie wissen genau, ich war bei dieser Bürgerversammlung auch vor Ort und die Situation, und das werden wir heute noch einmal, ich nehme an im Anschluss, gleich diskutieren, die Situation dort ist wirklich so, dass die Stadt etwas zu unternehmen hat, da sind wir uns einig. Auf der anderen Seite haben Sie mir im letzten Gemeinderat die Frage gestellt, wo ich den mein Jus-Studium absolviert habe, ob das auf der Boku war. Jetzt muss ich Sie fragen, ob sie auf der Jelzin-Universität oder sonst irgendwo

studiert haben, denn es ist schon eine Frage, die Gehsteigreinigung ist eine Frage der Hausbesitzer und eine Frage der Haftung, die damit...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Schöneegger**: Das ist bei euch nicht so tragisch. Das ist eine Frage der Haftung, die damit auch einhergeht und daher bei allem Verständnis für das Anliegen auch, ist das ein Punkt, wo wir sagen, wir können bei diesem Antrag nicht mitgehen. Der zweite Punkt ist, und Sie waren, eben gesagt, auch vor Ort und es sind da durchaus auch einige Stimmen gekommen, die gesagt haben, sie wollen in der Früh keine Gehsteigreinigung haben, weil das stört den kurzen Schlaf, den sie dann nach einer langen Nacht gehabt haben wiederum. Also auch das habe ich mir nie gedacht, dass ich mich einmal vollinhaltlich dem Kollegen Eichberger anschließen kann, das tue ich hiermit und wir lehnen die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Kollege Eichberger, wenn du schon Schulnoten verteilst, dann müsste ich dir auch eine verteilen, weil beim Lesen tust dir wahrscheinlich schwer, weil das ist ein klassischer Fünfer für das Lesen, weil es steht überhaupt nicht drinnen, sondern die Stadt wird gebeten, ein Modell zu erarbeiten als Serviceleistung, wo eben den Bewohnern entgegengekommen wird. Das Modell schließt ja nicht aus, dass es eine Möglichkeit gibt, bei diesem Modell Gastwirte, da schlägt ein bisschen bei dir der kommunistische sozusagen, ja ein bisschen Hauch schlägt ja wahrscheinlich ein bisschen durch bei dir, dass die bösen Kapitalisten die sollen nur zahlen dann, sondern es steht eindeutig nur drinnen, dass ein Modell erarbeitet werden sollte und überhaupt, das Modell beinhaltet, dass Hausbesitzer oder eben böse Lokalbesitzer, die so viel verdienen, es sich überhaupt nichts damit verschlagen, dass die sich an dem Modell beteiligen können und damit...

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Das steht eindeutig drinnen, ein Modell, das steht drinnen, zur Entlastung, ein Modell zur Ausweitung der Straßenreinigung auf den Gehsteigen im Universitätsviertel, in den betroffenen Wohnbezirken St. Leonhard und Geidorf zu erwarten.

Zwischenruf GR. Eichberger unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ja, da kann ich nichts machen, aber das ist der Antrag. Ich habe zwei Anträge, aber nicht den, ich habe den und da steht es eindeutig drinnen, ein Modell zu erarbeiten, tut mir Leid.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**. Das brauche ich nicht lesen, das weiß ich nicht, aber ich muss den lesen, den ich gestellt habe und den habe ich ja wohl laut und deutlich gestellt, dann musst halt hören, dann kriegst fürs Hören einen Fünfer. Aber einen Fünfer kriegst soundso. Kollege Eichberger, wenn man natürlich Noten austeilt, dann muss man aufpassen, was man austeilt dann.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Darf ich was sagen. Hier der vorliegende dringliche Antragstext ist der, von dem Sie jetzt gesprochen haben, wo es um das Modell zur Ausweitung der Straßenreinigung geht, nur zur Klarstellung, das ist der richtig eingebrachte Antrag.

Mag. **Korschelt**: Danke vielmals. Was muss ich dazusagen, ich habe das nicht im Laufe des Tages geändert, sondern die Magistratsdirektion, das Präsidialamt hat das...ja, das denke ich mir eh, dass Sie bei der Meinung bleiben dann (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich meine, Sie müssen es auch den Bürgern dort erklären, weil Sie waren ja auch sehr ruhig bei der Bürgerversammlung dann, wobei Sie ja nur sehr peripher daran teilgenommen haben, meistens waren Sie eh draußen, also sehr gekümmert haben Sie sich nicht um die Sorgen der Bürger. Aber sicher haben Sie Besprechungen draußen geführt, natürlich,...

Zwischenruf unverständlich:

Mag. **Korschelt**: Am Gehsteig hat er gekehrt oder was. Vor Ort natürlich, dort gibt es gar keinen Gehsteig vor der Uni. Aber mir ist es nur darum gegangen, dass man den Bürgern, und natürlich gibt es manche, die das stört, wenn in der Früh eine Kehrmachine fährt, aber die Masse wollte sehr wohl haben, dass dort die Scherben wegkommen, dass dort die sogenannten „Pizzas“ wegkommen, um das ist es gegangen und da ist es mir darum gegangen, dass wir als kleines, nachdem alle anderen Lösungen ja nicht möglich sind oder seit Jahren schon diskutiert werden, wie wir im nächsten Antrag sehen werden, ist es mir darum gegangen, den Bürgern sozusagen eine kleine Möglichkeit der Serviceleistung zu bieten, wobei das eh nicht gesagt wurde, es muss ja nicht auf ewig gemacht werden, sondern mir ist es nur darum gegangen, den Bürgern eine kleine Möglichkeit zu bieten zu sagen, jetzt seid ihr eh schon so belastet mit dem Lärm und mit dem allem was vor eurer Tür liegt und

steht, damit könnte sich die Stadt dann ein bisschen erkenntlich zeigen und zumindest den Gehsteig reinigen, um mehr ist es nicht gegangen. Wenn natürlich aus dem eine Staatsaffäre gemacht wird, wo dann Anträge falsch eingebracht werden usw. soll es mir auch Recht sein, Sie müssen es bei den nächsten...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Bitteschön, sei mir nicht böse, lieber Klubobmann, aber wenn wir es richtig bei der Magistratsdirektion einbringen, ist es nicht meine Aufgabe, das zu verteilen. Ich bin kein Kopierer da im Hause, ehrlich gesagt. Das geht ja schon wirklich zu weit dann. Aber scheinbar hast du zwei Tage vorher vorbereitet und hast dir gedacht, jetzt gebe ich dem wieder einmal eine mit und der Schuss ist leider in die Hosen gegangen, das muss ich dir sagen. Aber so wie viele deiner Schüsse, weil du tust ja immer als großer Sicherheitssprecher tust ja immer artikulieren, dabei bist ja eher der Unsicherheitssprecher der SPÖ, aber gut, mit dem müsst eh ihr leben. Wie gesagt, ich will jetzt nicht polemisch sein (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), aber ich würde...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bitte die Auseinandersetzung jetzt wieder hinzukommen und ich möchte kurz anmerken, in Ihrem Sinne, Herr Mag. Korschelt, ich glaube, es ist allen Fraktionen schon einmal passiert, dass ein Text nicht in der letzten Fassung noch einmal an alle anderen Klubs gegangen ist, man kann das Thema da jetzt bitte an dem Punkt beenden und in dem Fall können wir weitermachen, denn es gibt noch immer sechs Anträge.

Mag. **Korschelt**: Kurze abschließende polemische Bemerkung, ich würde den Kollegen sowohl von der SPÖ als auch von der ÖVP raten, das neue News zu kaufen und vielleicht auch das Profil am nächsten Sonntag, Sie können es sogar im Abo beziehen am Sonntag, dann werden Sie die Meinungsumfragen dort sehen und dann wird man sehen, wie man halt mit Bürgerinitiativen beziehungsweise mit Bürgerwillen umgeht dann. Uns kann es nur recht sein, heute hat Kollege bei der AK einen Vortrag gehalten und er hat gesagt, die FPÖ schießt wahrscheinlich sogar auf den zweiten Platz vor, also uns kann es nur recht sein. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Lärmbelästigung im Universitätsviertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Ich hoffe, wir haben den richtigen Antrag dann oder alle haben den richtigen Antrag. Wobei auf Wunsch des Klubobmannes Herper ich den Antrag, wenn es recht ist, teilen würde. Wie gesagt, ich spare mir jetzt, glaube ich, sonst kommen wir in eine ewige Polemik rein, jetzt den Motivenbericht, der immerhin aus drei Seiten besteht, jetzt noch einmal zu wiederholen, sondern es geht darum, dass es schon einmal im Jahr 2004 einen offenen Brief der „Interessensgemeinschaft lebenswertes Univiertel“ gegeben hat. In weiterer Folge wurde hier von der Kollegin Sickl damals ein Antrag eingebracht an die Landesregierung, es ist leider eben nicht das geschehen, was sich die Bürgerinitiative erwartet hat und ich darf, wie gesagt, im Wege nun diesen Antrag vorbringen, und zwar namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle im Petitionsweg an den Landeshauptmann herantreten und

1. eine Änderung der Verordnung des Landeshauptmannes von Steiermark vom 21. Dezember 1998 über die Sperrstunde und Aufsperrstunde der Gastgewerbebetriebe (Sperrzeitenverordnung 1998) dahingehend fordern, dass zum Schutz der Bevölkerung bei der Festlegung der Sperrstunden für die Betriebsarten Bar, Kaffeehaus, Café, Diskothek und Nachtclub - vor allem in Wohngebieten - differenziert vorgegangen werden muss, wobei unbedingt auf den Wohngebietscharakter und sonstige sensible Bereiche wie Sanatorien, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten etc. ruhige Gebiete Bedacht genommen werden muss (zum Beispiel Vorverlegung der Sperrstunde und Rückverlegung der Aufsperrstunde), das wäre 1.)
2. Der Gemeinderat wolle daher weiters beschließen, dass der Grazer Stadtsenat ersucht wird, seitens des Beschlusses vom 7.4.2006, kundgemacht im Amtsblatt 4 vom 11. Mai 2006, über die Gewerbeausführung in Gastgärten dahingehend abzuändern, dass sämtliche Gastgärten in sensiblen Gebieten, Sanatorien, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Wohngebieten, die sich auf öffentlichem Grund befinden oder an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen jedenfalls von 08.00 bis 23.00 Uhr betrieben werden dürfen.

Das, wie gesagt, auf Wunsch eben eine Änderung, wobei könnte auch theoretisch natürlich das herausnehmen und das nicht auf das ganze Gebiet der Stadt Graz beziehen, sondern auf die zwei von mir genannten Bezirke.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Möglicherweise mag mich jetzt dann wieder der Kollege Mag. Korschelt, wenn ich ihm sage, die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Zum Ernst der Sache, ich glaube, und wir kennen ja nicht nur jetzt aus dem Bereich des Uni-Viertels die Probleme, die vor allem Gäste, die zum Teil auch die Getränke selber mitbringen, in den Straßen verursachen, wo es dann, wie gesagt, unheimliche Probleme gibt und viele in diesem Gemeinderatssaal kennen die

leidige Situation jetzt nicht nur aus dem Uni-Viertel sondern wir haben uns sehr, sehr oft zum Beispiel mit der Situation in der Mondscheingasse beschäftigt, wo es ein ähnliches Problem gegeben hat, wo eben Gastwirte auch durch eine extreme Auslegung dieser Sperrstundenverordnung bis weit in die Morgenstunden offen halten konnten, wo es dann einfach noch weiterging in Form von Straßenfesten und hier kenne ich aus dieser Situation speziell, wie gesagt, der Mondscheingasse, die Probleme, die sich hier auf Grund der gesetzlichen Situation ergeben, dass es fast keine Möglichkeiten gibt auf Grund der jetzigen gesetzlichen Situation hier einzuschreiten, wenn es Lärmbelästigungen auf der Straße vor den Lokalen gibt. Aus diesem Grund, wie gesagt, seitens der SP-Fraktion stimmen wir der Dringlichkeit wie dem Inhalt dieses dringlichen Antrages zu (*Applaus SPÖ*).

GR. **Wippel**: Auch die KPÖ wird der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, da wir denken, das ist der richtige Ansatz, bei der Vorverlegung von Sperrstunden kann man ansetzen. Das hat sich auch schon einmal bewährt in der Burggasse, das ist die richtige Herangehensweise, anders als im vorigen Antrag, der aus unserer Sicht so nicht praktikabel ist, ist das ein wirklich gangbarer und deshalb auch dringlich vorzunehmender Weg (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger**: Sehr geehrte Damen und Herren, im Besonderen Herr Gemeinderat Mag. Korschelt! Sie werden bald sehen, es geht ja, wenn der Antrag dementsprechend ist. Wir werden auf Grund der Lage und der Situation, die es dort auch erfordert, dieser drastischen Maßnahmen und es ist trotz allem eine drastische Maßnahme, dem Punkt 1 zustimmen, und zwar guten Gewissens zustimmen. Wir werden aber dem Punkt 2 nicht zustimmen, weil das völlig an der Problemstellung im Univiertel vorbeigeht. Dort geht es nicht um Gastgartenproblematik, dort geht es um ganz andere Dinge und daher der Punkt 2 nicht. Ich darf, soweit ich das mit der SPÖ jetzt kurz besprochen habe, auch für die SPÖ sagen, der Kollege Eichberger hat heute keinen guten Tag. Das kommt vor, daher Punkt 1 ja auch für die SPÖ, Punkt 2 nein auch für die SPÖ und für uns, wie in alten Zeiten. Danke.

Mag. **Korschelt**: Wie gesagt, ich will das nicht künstlich hinauszögern. Danke vielmals, mehr ist nicht zu sagen.

Die Dringlichkeit und der Antrag wurden im Punkt 1 einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit im Punkt 2 wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

14) Petition zur Änderung des § 44 (ABGB) zur Stellung der Ehe

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Nachdem ich jetzt drei Anträge in Folge einbringe, werde ich nach Rücksprache mit der Frau Vizebürgermeisterin beginnen mit dem dringlichen Antrag hinsichtlich Petition zur Änderung des § 44 ABGB zur Stellung der Ehe. Angesichts der Tatsache, dass nun offensichtlich gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die Möglichkeit einer eheähnlichen Verrechtlichung ihres Zusammenlebens eröffnet werden soll, ist es aus unserer Sicht notwendig, die Begriffe Ehe und Familie verfassungsrechtlich abzusichern.

Für die FPÖ ist ein öffentliches Interesse an der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit ehe- und familienrechtlichen Gegebenheiten nicht erkennbar. Es handelt sich hier nicht um eine familienrechtliche Gleichstellung, sondern vielmehr

um eine personenstandsrechtliche Privilegierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gegenüber anderem nicht-ehelichen Zusammenleben.

Aus welchem Grund Personen, die durch ihre Lebensweise nicht im Stande sind, generative Beiträge in die Umlage- und Sozialsysteme des Staates einzubringen, an diesem privilegiert partizipieren sollten, ist bisher in öffentlichen Diskussionen nicht behandelt worden.

Nach Meinung der FPÖ hat sich der liberale Staat nicht in die sexuelle Ausrichtung von Personen einzumischen, da diese Privatsache ist. Aus unserer Sicht besteht der Hauptunterschied zwischen Ehe und gleichgeschlechtlichen Beziehungen darin, dass die Ehe durch das gemeinsame Zeugen und Aufziehen von Kindern maßgeblich zur Erhaltung des Staatswesens beitragen soll. Es ist nun einmal ein biologisches Faktum, dass nur zwei verschiedene Geschlechter Leben schenken und damit den Erhalt einer Gesellschaft, Kultur oder eines Volkes gewährleisten können. Im Verhältnis gleichgeschlechtlicher Beziehung und Ehe, im herkömmlichen Sinn, gilt der Rechtsgrundsatz: Gleiches ist gleich und Ungleiches ist ungleich zu behandeln.

Auch bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften kann seitens der Betroffenen ein Großteil der mit der Ehe einhergehenden Rechtsfolgen mittels Notariatsakt oder sonstiger privatrechtlicher Rechtsakte vereinbart werden. Seitens der FPÖ ergibt sich daher kein Handlungsbedarf, von bestehenden Regelungen und sachlich gerechtfertigten Unterscheidungen abzugehen.

In den letzten Jahren wurden aus dem Bereich der organisierten Homosexualität immer öfter und immer lauter Forderungen nach „Gleichstellung“ erhoben, etwa unter dem Slogan „Gleiches Recht für gleich viel Liebe!“

Diese Forderung beruht aber auf einem fundamentalen Irrtum hinsichtlich der Stellung des Staates und dessen Aufgaben in diesem Problembereich.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, rechtliche Sanktionen für ethische Haltungen als solche oder gar für subjektive Empfindungen zu verhängen. Wer wen mag, attraktiv und begehrenswert findet, oder sich in sonstiger Weise zu jemandem oder etwas hingezogen fühlt, ist für den liberalen Staat grundsätzlich irrelevant und hat daher von ihm zunächst nicht sanktioniert zu werden. Erst in zweiter Linie ist die

Frage zu stellen, an welchen Aspekten von Verbindungen der liberale Staat weshalb Interessen haben könnte und wie der Staat diese Interessen fördern könnte.

Die Ehe wird von § 44 ABGB wie folgt definiert:

Die Familienverhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrag erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen und sich gegenseitig Beistand zu leisten.

Schon die einfache Lektüre zeigt, worum es aus staatlicher Sicht bei der Ehe geht: nicht um irgendwelche emotionalen Bindungen und Zuneigungen, sondern um klare Leistungen im Interesse des Gemeinwohls, ja des physischen Fortbestehens des Staates als solchen.

Ob die im ABGB normierten Pflichten aus einer starken emotionalen Zuneigung heraus oder aus bloßer Pflichterfüllung oder aus einem wie auch immer gearteten Mischverhältnis der genannten Beweggründe erfüllt werden, ist für den liberalen Staat schlichtweg ohne Belang. Von einem „Recht für Liebe“ zu sprechen ist daher im besten Falle irreführend.

Dass allerdings eine Reihe von Vergünstigungen, die ursprünglich für die Ehe vorgesehen waren, nunmehr auch an heterosexuelle Lebensgemeinschaften vergeben werden, die keine Handlungen setzen, welche im staatlichen Bereich Beachtung verdienen, welche jederzeit auflösbar sind und je nach Gemütsbeschaffenheit oder sonstiger Lage auch aufgelöst werden, lässt es durchaus nachvollziehbar erscheinen, dass sich nun homosexuelle Paare benachteiligt fühlen. Wenn heterosexuelle Beziehungen, die auf „Liebe mit beschränkter Haftung“ beruhen, Begünstigungen und eine gewisse rechtliche „Anerkennung“ erhalten, können sich homosexuelle Paare, die wirklich den Anspruch erheben, eine von Liebe und gegenseitiger Solidarität getragene Beziehung zu pflegen, zu Recht benachteiligt fühlen.

Die Schlussfolgerung daraus kann allerdings nicht die pauschale Ausweitung des Status quo betreffend heterosexuelle Lebensgemeinschaften sein, sondern eine

Prüfung der bestehenden Regelungen und darauf aufbauend eine entsprechende Neuordnung zu einem einigermaßen widerspruchsfreien System.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichts beschließen, dass seitens der Stadt Graz eine Petition an die zuständige Stelle des Bundes gerichtet werde, in welcher der Nationalrat ersucht wird, den § 44 ABGB zur Verfassungsbestimmung zu erheben und wie folgt zu ändern:

„§ 44 (Verfassungsbestimmung) Die Familien-Verhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrag erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen und sich gegenseitig Beistand zu leisten. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich weiß nicht, warum uns die FPÖ, die freiheitliche Fraktion, zwei Sitzungen, nachdem wir dieses Thema schon ausführlich behandelt haben, ein weiteres Mal nervt und ich kann dazu nur nerven sagen. Ich bin, glaube ich, das beste Beispiel dafür, so wie viele andere möglicherweise auch in diesem Raum, das beste Beispiel dafür, dass ich auch ein Kind einer Mutter bin, die ich heute diesbezüglich erstmalig auf der Besuchertribüne begrüßen darf, die keine verfassungsrechtliche Bestimmung brauchte, damit sie mich auf die Welt setzt und mich großzieht und mich zu einem anständigen Österreicher erzieht. Sie brauchte kein Verfassungsgesetz, um ihren mütterlichen, um ihren elterlichen Pflichten nachzukommen. Und ich halte auch davon nichts. Ich halte nichts davon, dass wir ständig meinen, dass der Staat das Privatleben der Menschen regeln muss. Ich bin der Meinung, dass wir als Staat fördern müssen und sollen, wo es nur geht, auch als

Stadt, nicht nur als Staat, sondern als öffentliche Hand. Ich bin der Meinung, dass wir Menschen, Familien, die Kinder aufziehen, bestmöglich unterstützen sollten, und nicht zuletzt deswegen wurde in Österreich dankenswerter Weise ein Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Wir müssen als öffentliche Hand auch Menschen unterstützen, die alleinerziehend sind, die ihre Kinder in Kindergärten, in die Hand der Kindergärten geben müssen, weil sie daneben einen Arbeitsplatz haben. Das sind nur einzelne Bereiche, das ist Aufgabe der öffentlichen Hand. Aber ich sehe es nicht ein, dass wir bis zum Bettlaken, zur Unterhose neuerdings alles in diesem Land in den Verfassungsrang erheben sollen. Denn es bleibt ja nicht bei der Ehe, Kollegen Sippel fallen noch einige andere Ideen aus dem Jahr 1848 ein, da bieten die einschlägigen Bücher noch sehr viele Informationen. Ich habe eine hohe Achtung vor dem Instrument der Ehe, das ist der Bund, der vor Gott geschlossen worden ist und es ist auch so, eine Erfindung kann man nicht sagen, sondern eine heilige Institution, die uns aus dem neuen Testament aus dem alten Testament, aus der Bibel des Christentum? aus dem Judentum gegeben wird. Die Persönlichkeiten, die in der Politik waren, die die Ehe verstaatlicht haben, hießen zufälligerweise Adolf Hitler und Josef Stalin. Das waren die Ersten, die dazu gegriffen haben, die Ehe zu vergesetzlichen, quasi zu verstaatlichen, und nicht mehr zu einem Instrument des Christentums zu machen der Religionen, sondern zu einem Instrument des Staates und daher halte ich nichts davon. Und daher werden wir auch dem heutigen Antrag nicht zustimmen und auch wenn die FPÖ der Meinung ist, die nächsten fünf Jahre diesbezügliche Anträge einzubringen, werden sie damit nicht viel Erfolg haben. Eines interessiert mich aber, ein Satz, den ich kurz vorlesen möchte. Aus welchem Grund „Personen, die durch ihre Lebensweise nicht imstande sind, generative Beiträge in die Umlage und Sozialsysteme des Staates einzubringen“, an diesem privilegiert partizipieren sollten, ist bisher in öffentlichen Diskussionen nicht behandelt worden. Erstens, was meinen Sie mit „generativen Beiträgen“ oder...

Zwischenruf GR. Sippel: Kinder.

GR. **Grosz**: Kinder, sehr gut, hätten wir das einmal geklärt. Was machen Sie mit den Frauen, die keine Kinder bekommen können, Gebärmutterkrebs gehabt haben, Frauen, die von Geburt an keine Kinder bekommen können, Frauen, die mit Männern in eine katholische, heilige, ihrer Ideologie entsprechende Ehe eingegangen sind, aber der Mann halt offensichtlich, respektive seine Lenden, die Geburt eines weiteren Kindes nicht zulässt. Was machen Sie mit denen? Hauen wir alle kinderlosen Familien aus unserem Sozialsystem, aus unserem Gesundheitssystem, aus unserem Versicherungssystem hinaus, stellen wir sie auf die Straße? Denken, dann lesen, dann schreiben. Nein, nicht Anfrage oder Antrag, wir sind in der Wechselrede, Kollege unaussprechlich. Kann man sich ja nicht jeden Hansel merken, der da irgendwo herumkugelt. Ziehe ich sofort zurück. Das will ich damit sagen, was meinen Sie damit? Was fangen Sie mit jenen Menschen an in dem Land, die geschieden sind, wiederverheiratet sind, sogenannte Patchworkfamilien und jeder Kinder in die Ehe einbringt und deswegen vielleicht noch bessere Väter und Mütter sind? Wollen Sie vielleicht schlussendlich, die Frau Vizebürgermeisterin, die auch offen dazu steht und deswegen sage ich es ja, wollen Sie die Frau Vizebürgermeisterin aus dem Sozial- und Gesundheitssystem ausschließen, weil sie gleichgeschlechtlich liebt, aber dennoch zwei Kinder in die Welt gesetzt hat und daher...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe eine Riesenbitte, wir sind jetzt bei der Dringlichkeit und nicht bei einer inhaltlichen Debatte. Es ist ganz wichtig, jetzt können sich alle zur Dringlichkeit zu Wort melden und ich ersuche, das so zusammenzufassen, dass man das...

GR. **Grosz**: Daher wird die Dringlichkeit für mich auch in 200 Jahren nicht gegeben sein, diesem Antrag zuzustimmen. Denn diese Dringlichkeit, diese Lebensumstände, die Kollege Sippel hier bespricht, die wird es nie geben, dass man dringlich etwas in diese Richtung tun sollte und daher halte ich auch am heutigen Tag bei der Anzahl

der dringlichen Anträge, die hinter uns liegen und noch vor uns liegen, diesen Antrag einfach für verfehlt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bündig. Lieber Armin Sippel, mir gefällt die ganze Tonart nicht, in der dieser Antrag vorgetragen wird, er ist gedanklich nicht durchorganisiert und er ist auch nicht zum Teil verständlich. Vor allem, es ist eh schon angeführt worden, wenn man da jetzt...ich meine, er strotzt davor, er sagt wohl, der liberale Staat möge sich in die sexuelle Ausrichtung nicht einmischen, aber hat eine eindeutige Richtung, dieser Antrag. Natürlich geht es gegen die gleichgeschlechtlichen Paare und Gemeinschaften usw. Es wird zumindest so zum Ausdruck gebracht eine eindeutige Bevorzugung der einen Seite gegenüber der anderen, aber was mich besonders irritiert war nicht das, was der Gerald Grosz schon angeführt hat, dass man über Personen nachdenken möge, die sich halte nicht generativ einbringen, also keine Kinder in die Welt setzen können, sondern deine Formulierung, die Ehe ist aus staatlicher Sicht nicht um irgendwelche emotionalen Bindungen, Zuneigungen, sondern um klare Leistungen im Interesse des Gemeinwohls, das physische Fortbestehen des Staates als solches und dann geht es im weiteren Absatz darunter, und eine Reihe von Vergünstigungen, weil keine Handlungen gesetzt werden, die im staatlichen Bereich Beachtung finden. Das ist ein bisschen verquast formuliert, aber das heißt nichts anderes, dass da Menschen, die nicht ihren Beitrag leisten, dann aus den Systemen auszuschneiden haben und zu verschwinden haben. Und mir gefällt einfach nicht, dass man unterstellt, die, die da nicht sozusagen jetzt Kinder bekommen können oder Kinder wollen oder Kinderwünsche haben oder können bekommen, dass das eine Sache der Gemütsbeschaffenheit oder sonstiger Situation sei oder einer nicht emotionalen Bindung und Zuneigung, sondern sie nicht der staatlichen Leistung unterliegen. Ich verweise nur darauf, Armin Sippel, wir brauchen da gar nicht den Geist des 19. Jahrhunderts aufrufen oder sonstige Geister, es genügt einfach, die Menschenrechtskonvention heranzuziehen, der wir als Europaratmitgliedstaat nämlich zugestimmt haben, ratifiziert haben und damit Verfassungsrang erreicht haben. Der Artikel 12 des Menschenrechtskonvention sieht nämlich die Gewährleistung des Instituts Ehe vor und auch der Familiengründung.

Ich bin eher der Ansicht, was jetzt nötig wäre und notwendig ist, ist einfach eine Aufwertung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, Gemeinschaften und Ähnlichem mehr. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Dipl.-Ing. Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns im Klub das wiederholte Mal gefragt, ob das wirklich ernst gemeint ist, dieser Antrag und ob man darauf überhaupt reagieren soll. Nachdem die Frage ist, ob es eine Dringlichkeit gibt, muss man darauf reagieren. Sie schreiben, es sei notwendig, auf Grund der Versuche, eine rechtliche Anerkennung für gleichgeschlechtliche PartnerInnen zu erreichen (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), es sei notwendig, die Begriffe und Ehe und Familie verfassungsrechtlich abzusichern. Nein, es ist nicht notwendig, die Begriffe Ehe und Familie verfassungsrechtlich abzusichern, da gehe ich in einer seltenen Ausnahme mit dem Kollegen Grosz. Es ist nicht notwendig, das abzusichern und schon gar nicht mit Ihrem Begriff von Ehe und Familie, der für mich menschenrechtlich sehr bedenklich ist. Zweitens, es ist nicht dringlich, im Gegensatz, es ist absolut undringlich über Absurditäten wie in Ihrem Antrag zu diskutieren, Absurditäten im Sinne von Fortpflanzungspflichten und diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer, dieser Verpflichtung nicht nachkommen mit Sanktionen zu belegen. Als dritter Punkt ist es auch nicht notwendig über einen Antrag zu diskutieren, der einerseits inhaltlich ungenau recherchiert ist, Sie schreiben, es gäbe kaum Situationen, die man nicht über einen notariellen Akt lösen könnte, das ist schlichtweg falsch. Es gibt fundamentale Bereiche, die sehr wohl nur über eine Gleichstellung möglich sind, ich verweise zum Beispiel auf binationale Ehen, wo eine der beteiligten Personen nicht die EU-Staatsbürgerschaft hat und zum Beispiel keine Aufenthaltsgenehmigung bekommt. Es ist auch nicht dringlich, über Anträge zu diskutieren, in denen sich Formulierungen finden, die organisierte Homosexualität oder Formulierungen wie, wer wen mag usw., das ist für den liberalen Staat grundsätzlich irrelevant, gehe ich d'accord, aber und hat daher von ihm zunächst nicht sanktioniert zu werden. Zunächst nicht, später schon oder wie meinen Sie das? Also inhaltlich, sachlich vor allem ist es wirklich absurd, es ist, wenn Sie von organisierter Homosexualität sprechen, spreche ich von

organisierter Absurdität, die Ihre Fraktion hier einbringt. Danke (*Applaus Grüne und KPÖ*).

GR. **Sippel**: Es freut mich, dass Sie wieder da sind, Herr Bürgermeister, auch wenn Sie mich heute wahrscheinlich nicht so gerne reden hören. Ich möchte nicht jetzt unbedingt auf die ganzen...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sippel**: Ich werde mich bemühen, Herr Klubobmann. Ich glaube, es würde jetzt zu weit führen, auf die einzelnen Formulierungen im Motivenbericht einzugehen, da kann man durchaus diskutieren, da gibt es, wie man merkt, auch den einen oder anderen Diskussionsbedarf. Um das, was es uns in diesem Antrag ganz klar und eindeutig geht, ist der Schutz der Institution der Ehe und um nichts anderes. Dass das natürlich bei anderen auf Widerstand stößt, das ist zu akzeptieren. Gerade von der ÖVP hätten wir uns da auch eine, weil die sich das immer auf die Fahnen heftet, eine Familienpartei zu sein, hätten wir uns da vielleicht auch die eine oder andere Wortmeldung erwartet. Ich glaube, das was hoffentlich herausgekommen ist, ist dass dieser Vorschlag nicht darauf abzielt, Gleichgeschlechtliche oder Homosexuelle zu diskriminieren, sondern Ehe ganz einfach als gesellschaftliches Erhaltungs- und Trägermodell in den Verfassungsrang zu erheben und um nichts anderes geht es. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Gesetzliche Parteienförderung

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie ja wissen, hat in Österreich das System der öffentlichen Parteienfinanzierung eine lange und auch erfolgreiche Tradition und garantiert im Gegensatz beispielsweise zur USA, zu den Vereinigten Staaten, wo es eine ausschließlich private Parteienförderung gibt, eine von den Geldgebern unabhängige Politik.

Sowohl im Bund als auch in den einzelnen Ländern ist die Parteienförderung durch jeweilige Parteienförderungsgesetze geregelt. In der Steiermark sind die Förderungen im Steiermärkischen Parteienförderungsgesetz vom 3. Dezember 1991 transparent und nachvollziehbar geregelt.

Im Statut der steirischen Landeshauptstadt Graz fehlt eine diesbezügliche gesetzliche Regelung über die Förderung von Parteien, wie Sie ja wissen, und es ist bei der letzten Sitzung ausführlich darüber debattiert worden, sind die Subventionen der im Gemeinderat vertretenen Parteien bis dato über das Budget der Stadt Graz im Finanzposten „Politische Subventionen“, der einen gemeinsamen Deckungsring über insgesamt vier Finanztöpfe mit unterschiedlichen Kriterien darstellt, beschlossen und ausbezahlt worden.

Ein Novum stellte jener Versuch dar, aufgrund der Vereinbarung im Koalitionsvertrag von ÖVP und Grünen, jenen Parteien, die den Fairnesspakt nicht unterzeichnet haben, die Subventionen zu kürzen.

Diese Vorgehensweise steht, wie ebenfalls in der letzten Gemeinderatssitzung aufgezeigt worden ist, auf rechtlich sehr wackeligen Beinen. Der Kollege Herper hat ja heute schon auch in einer Frage an den Bürgermeister angefragt, wie es mit den

Gutachten seitens des Landes und Bundesverfassungsdienstes ausschaut. Die sind Sie uns ja noch schuldig. Aber der Abänderungsantrag der SPÖ hat bewirkt, dass bis zur Einholung eben dieses Gutachtens allen Parteien im Gemeinderat insgesamt 30 % der zugedachten Subventionen einbehalten werden.

Eine weitere Absurdität an dem Ganzen stellte auch jene Vorgehensweise dar, dass auch die Töpfe „Diverses“, sowie „Jugend- und Studentenheime“ von diesen Kürzungen betroffen sind, obwohl die dadurch geförderten Einrichtungen mit den vorherrschenden politischen Differenzen, die hier existieren, ja wirklich nichts zu tun haben. Ich habe mir das angeschaut, wie sieht das in den anderen Landeshauptstädten aus und da bin ich auf die oberösterreichische Landeshauptstadt Linz gestoßen, die ihre Subventionsordnung an die oberösterreichische Landesgesetzgebung angelehnt hat, weshalb dort derartige politisch motivierte Beschneidungsversuche finanzieller Art nicht möglich sind.

Die Intention in diesem Antrag ist auch ganz einfach, es geht uns darum, insbesondere den Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl in Zukunft vor solchen blamablen Beschlussfassungen, und blamabel war es ja wirklich für alle hier herinnen, für alle, die sich hier herinnen zu Wort gemeldet haben und sich befunden haben, vor solchen Beschlussfassungen in Zukunft zu bewahren und ganz einfach auch die Zuwendungen an die einzelnen Fraktionen vor jeglicher Willkür, und nichts anderes ist es, es ist undemokratisch, es ist ein Willkürakt, vor diesen zu befreien. Und es scheint wirklich angebracht, angelehnt an das Steiermärkische Parteienförderungsgesetz hier objektive transparente Richtlinien zu schaffen.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, die derzeit aktuelle Subventionsordnung der Stadt Graz abzuändern und sie dem Steiermärkischen Parteienförderungsgesetz in der aktuellen Fassung anzugleichen. Dadurch sollen objektive, transparente und nachvollziehbare gesetzliche Grundlagen einer Subventionsordnung für die politischen Parteien der Landeshauptstadt Graz geschaffen werden. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der Antrag, wie Sie gehört haben, läuft hinaus darauf, dass die bisher geltenden Regelungen, die seit 1945 zur besten Zufriedenheit, denn es gibt, glaube ich, niemanden, auch den Ältergedienten hier im Hause oder den Geschichtskundigen, keine Problemstellungen aus der Vergangenheit in Zusammenhang mit dem jährlichen Beschluss im Zuge des Budgets auf Parteien, und zwar die Wahlwerbenden Parteien des Gemeinderates zu fördern. Dieser Antrag läuft übrigens auf eine Anlassgesetzgebung hinaus und auch die Darstellung, dass die Nichtunterfertigung des Wahlabkommens zur Kürzung geführt hat, ist absolut unrichtig. Die Nichteinhaltung des von der Mehrheit unterschriebenen und demokratisch zustande gekommenen Wahlkampfübereinkommens und der Verstoß gegen demokratische und Menschenrechtsregelungen, das hat zu den Sanktionen geführt, die der Gemeinderat beziehungsweise die Parteien des damaligen Gemeinderates angekündigt haben und dann haben Sie den Anlassfall gesetzt und dann ist es zu dem Beschluss gekommen, der jetzt von Gutachtern überprüft wird. Also es besteht überhaupt kein Anlass, jetzt horuckartig und anlassbezogen eine Änderung vorzunehmen. Auch zu Zeiten, da Ihre Fraktion immerhin die zweitstärkste Fraktion hier im Hause war, insbesondere diese Zeit hat keinen Anlass gegeben, an den bestehenden System, aus dem jahrzehntelang gut evaluierten System auszubrechen. In diesem Sinne gibt es keine Dringlichkeit für diesen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich natürlich über weite Strecken den Ausführungen meines Vorredners anschließen. Armin Sippel, dieser Antrag ist, ich sage es aus meiner Sicht natürlich wesentlich verständlicher in der Formulierung und auch in der Recherchearbeit beziehungsweise auch der teilweise Aufriss der Problemfragen als der vorhergehende. Das ist zuzubilligen. Klar ist, ich habe heute eine Anfrage gestellt, nachdem ich in der letzten Sitzung am 5. Juni den Abänderungsantrag nach Mitternacht gestellt gehabt hatte. Habe vom Bürgermeister die Antwort bekommen, dass noch die Stellungnahmen des Landesverfassungsdienstes und der Bundesebene und Rechtspersönlichkeiten ausständig sind. Ich bitte um Verständnis,

wenn wir, solange wir das nicht in der Hand haben, damit wir Grundlagen, rechtskräftige Grundlagen auf dem Tisch haben, damit wir auch diskutieren können. Ich sehe die Dringlichkeit heute nicht gegeben, ich harre und warte der Ergebnisse der Verfassungsdienste, dann können wir in eine tiefergehende Diskussion eintreten. Wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Herr Bürgermeister! Wir werden der Dringlichkeit auch nicht unsere Zustimmung geben, weil wir eigentlich mittlerweile schon Gefallen daran gefunden haben, wie einige politische Parteien wie Amphibientiere mit der Nase über den Boden rampfen, so wie bei der letzten Gemeinderatssitzung. Auch die mediale Berichterstattung hat uns sehr gefallen, Blamage für Schwarz/Grün. Weitermachen, auch so belassen, weiter kassieren, zwar einerseits um Parteiförderungen streiten, aber andererseits es zulassen, dass Fotos von Weinmeisters, Spielbergers etc. in der Öffentlichkeit kursieren, tadelloses Bild, einfach so sehr gut, sie sind in die nächste Klasse aufgestiegen.

GR. **Sippel**: Ganz kurz, ja, lieber Herr Klubobmann, ich gebe dir Recht, das ist in gewisser Weise Anlass Gesetzgebung, aber es ist ja auch erstmals der Fall eingetreten, dass man für mich immer noch in undemokratischer Art und Weise hier Parteiensubventionen gestrichen hat. Und Sie hätten alle miteinander die Chance gehabt, dass diese blamablen Zustände endgültig für alle Zeiten hier aus dem Gemeinderat ausgezogen wären und Ungereimtheiten diesbezüglich für alle Zeiten zu beseitigen sind. Aber anscheinend wollen Sie sich weiter blamieren, ich habe keine Ahnung, wir werden vielleicht dieses Spielchen und diese Diskussionsrunden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) wie bei der letzten Gemeinderatssitzung jetzt jedes Jahr erleben, möglich ist es. Der Bürger wird es nicht verstehen. Der Bürger will Gerechtigkeit, will Transparenz und es tut mir Leid, dass unser Antrag diesbezüglich keine Mehrheit findet, aber ich nehme es zur Kenntnis und ich hoffe für uns alle, dass das einmalig bleibt und...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir wollen auch, dass es einmalig bleibt.

GR. **Sippel:** Ja, ok, wir lassen und sicher nicht vorschreiben, wie wir...aber das war eh schon Thema. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, wir verlangen nur von allen Einzelpersonen, von allen Gesellschaften, von allen Vereinen, dass sie anlässlich einer Auszahlung einer Subventionsordnung sich an eine Richtlinie halten, die mehrheitlich in diesem Gemeinderat zustande gekommen ist. Und ich gebe Ihnen Recht, und deswegen ist es nicht blamabel, sondern das war auch der Grund, wieso wir keine Entscheidung hier noch getroffen haben, weil in einem Rechtsstaat, auch ich als Bürgermeister, dafür zu sorgen haben, dass wir keine Entscheidung treffen, die nicht rechtens ist. Und jetzt warten wir auf ein Ergebnis. In der Zwischenzeit ist gar nichts passiert, sondern es kriegt jede Partei bislang, und das haben wir beschlossen, die 70 % und diese 30 % sind offengeblieben. Und da brauchen wir jetzt noch Juristen. Ich sage Ihnen nur noch einmal, das eine ist juristisch, das andere ist das, was die Mehrheit eines Gemeinderates aber wohlbegründet auch haben möchte und will und das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Das bitte ich Sie auch, das ist sehr demokratisch, wenn so etwas zustande kommt und wenn es für eine Einzelperson und jeden Verein gilt, dann bitte ich, den Spieß nur nicht umzudrehen, weil im Wahlkampf sind Aussagen gefallen, die dem Ruf der Stadt Graz, gerade wenn es um das harmonische Zusammenleben von Religionsgemeinschaften geht, nicht gut getan hat und das war...noch einmal, das war ein Beweggrund wieso das noch immer diskutiert wird. Da geht es nicht, den Spieß umzudrehen, meine Bitte ist wirklich, das ist auch der Wunsch eines Großteils des Gemeinderates. Wenn es nicht geht, wird es nicht gehen und das werden wir im Herbst wissen.

GR. **Sippel**: Das können Sie ja ändern, das heißt, auf welcher Grundlage wird es dann in Zukunft entschieden, das ist die Frage.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das eine ist eine Rechtsfrage, die ist zu klären, das andere ist aber auch ein politischer Wille eines Großteils der Fraktionen und der Gemeinderatsmitglieder und Stadtsenatsmitglieder.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Entlastungspaket für alle Grazerinnen und Grazer

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Angesichts der in immer kürzeren Intervallen stattfindenden Preiserhöhungen in allen lebenswichtigen Bereichen ergibt sich aus unserer Sicht für die Grazer Stadtpolitik ein akuter Handlungsbedarf.

So war das Preisniveau im März dieses Jahres um 3,5 % höher als im März des Vorjahres. Im Vergleich zum Jahr 2005 stieg das allgemeine Preisniveau gar um 6,4 %. Insbesondere die Bereiche Energie, Wasser und Wohnen entwickelten sich dabei überdurchschnittlich, nämlich um ganze 11 %.

Auch die Grazer sind von diesen Preis- und Gebührenerhöhungen nicht verschont geblieben. Neben einer Erhöhung des Strompreises um 4,5 %, kam es auch zu einer

Tariferhöhung bei den Verkehrsbetrieben seit vorgestern. Weiters steht demnächst auch eine weitere Erhöhung der Müllgebühren sowie der Parkgebühren in den Grünen Zonen ins Haus.

Selbstverständlich sind es auch globale Faktoren, wie beispielsweise der enorm hohe Ölpreis, der zur momentanen Teuerungswelle beiträgt, doch gerade jetzt ist seitens der Stadt Graz eine Politik der Entlastung gefragt.

Kaum etwas erregt die Menschen derzeit mehr als die steigenden Preise, die vielen Bürgern das Leben schwer machen. Daher sollte es, solange die Lohnsteigerung nicht annähernd mit der rasanten Preisentwicklung mithält, zu einer Änderung der momentanen politischen Prioritätensetzung kommen.

Die Erwartungshaltung der Menschen richtet sich auch an die Stadtpolitik mit dem Begehren, alles im zuständigen Wirkungsbereich Mögliche zu tun, um eine spürbare Entlastung herbeizuführen und keine weiteren Preiserhöhungen zuzulassen.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, Herrn Bürgermeister Nagl und die verantwortlichen Stadträte zu ersuchen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Grazer Stadtwerke (Energie Graz, Verkehrsbetriebe, AEVG usw.) ein (Tarif-)Modell zu entwickeln und umzusetzen, dessen Ziel es ist, die Privatkunden schnellstmöglich zu entlasten und darüber hinaus zu garantieren, dass es innerhalb eines Jahres zu keiner Erhöhung der Tarife und Gebühren kommt. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 20.40 Uhr den Vorsitz.

17) Umfassendes Maßnahmenpaket gegen die Drogenkriminalität in Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Dame und Herren Mitglieder des Stadtsenates! Ich werde zu später Stunde oder noch nicht zu später Stunde, aber zu erwartend später Stunde jetzt nicht lang über das diskutieren, was wir einfordern, sondern es nur noch einmal kurz auf den Punkt bringen, auch den Inhalt des dringlichen Antrages. Meine Haltung zu Drogendealern ist klar, meine Haltung zu Kriminellen, zu Mördern an unsere Jugend, zu Menschen, die auf Kosten anderer unsere Jugend vergiften, ist auch klar. Meine Meinung zur Drogenkonsumationsräumen als offensichtlich städtisches Instrument, um Drogen abzugeben in einer Stadt, wo man das Handy zwar verbietet, aber junge Menschen sich totspritzen lässt, diese Werbung für Graz ist auch aktenkundig. Wir vertreten eine gesamtheitliche Sicht zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, wir haben die traurige Situation, dass wir mittlerweile zur Mitte des Jahres einen neuen Rekord zum vorigen Jahr gebrochen haben, wir haben die noch traurigere Situation, dass sich Schwarz/Grün mit dem zuständigen Gesundheitsreferenten das sogenannte Pummerl wie eine sogenannte heiße Kartoffel hin und herschiebt und offensichtlich in dieser Stadt niemand Verantwortung übernehmen will für junge Menschen, die auf unserer Straße sterben müssen, damit andere ein gutes Geschäft machen.

Wir haben die besonders für einen Rechtsstaat kuriose Situation, dass Ersatzdrogen mittlerweile zum Hauptproblem in unserer Gesellschaft geworden sind, nicht mehr Kokain, nicht mehr Heroin offensichtlich, sondern Substitol und dass quasi unter staatlicher Aufsicht munter gedealt wird und der Staat noch die Steuern dafür kassiert, die Pharmabetriebe zu den größten legalen und offiziellen Drogendealern unseres Landes wurden. Wir haben eine Situation, wo viele Exekutivkräfte der Drogenkriminalität mangels Personal gar nicht mehr nachkommen. Wir haben eine

Situation, wo Drogendealer vollkommen ungestraft vor Schulen junge Menschen abpassen, um ihnen Einstiegsdrogen zu schenken. Wir haben eine Situation, die uns daran erinnert, wie es vor 15 Jahren, vor 20 Jahren in Wien war, wo Wien zur Drogenhochburg Österreichs wurde und offensichtlich die gut bekämpfte Drogenkriminalität in Wien jetzt langsam auf die zweitgrößte Stadt Österreichs umschwappt. Und ich bin tatsächlich der Meinung, dass es wir nicht alleine lösen können, wir können es vor allem auch nicht mit einer Stadtregierung lösen, die gemeinsam mit dem Land die Verantwortung hin- und herschiebt, wir können es aber gemeinsam, Bund, Land und Stadt, lösen. Und da haben wir ein Maßnahmenpaket heute vorzuschlagen und auch heute einzubringen, das aus mehreren Dingen besteht. Aus der schon bekannten Schutzzone, die Bestandteil eines früheren dringlichen Antrages war gemäß dem Sicherheitspolizeigesetz der Sozialdemokraten ÖVP, FPÖ und das BZÖ gerade aus dem Grund beschlossen haben, dass wir junge Menschen in den Städten, in den Gemeinden schützen können. Wir haben in unserem Antrag Verbot von Substitol, da sind wir, glaube ich, mittlerweile gleichlautend auch mit dem sozialdemokratischen Gesundheitslandesrat Hirth, aber auch der ÖVP-Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky, die das ähnlich sieht. Wir fordern es ein, wir sagen, die Kriminalität, die Drogenkriminalität um Substitol ist keine Sekunde länger mehr tragbar. Experten im Suchtbereich, Experten der Sicherheitsbehörden geben uns Recht und sagen selbst, dass sie überzeugt sind, dass das Verbot von Substitol in Graz, dass damit die Szene auch ausgemerzt werden kann. Das, was heute neu ist, und das was wir auch vom Bund einfordern ist, dass wir, statt irgendwelchen Träumen von Drogenkonsumationsräumen nachzuhängen uns endlich dazu durchringen, Zwangstherapien in Österreich einzuführen. Ich habe für Sie etwas mitgebracht, etwas aus Kanabis, das dürfte ja den Grünen, Frau Klubobfrau, Sie sollten nicht gehen, Sie sollten dann mein Geschenk annehmen, ein schönes Hanfprodukt, Sie wollen die Drogen in Österreich legalisieren und in Trafiken anbieten lassen und unsere Kinder vergiften. Ich habe Ihnen einen kleinen Vorgeschmack gleich mitgebracht. Vielleicht ist die Erträglichkeit der heutigen Gemeinderatssitzung bei Ihnen ein wenig besser, wenn Sie ein wenig berauscht sind. Aber zurück zum Ernst...das war keine Beleidigung und kein Ordnungsruf. Zwangstherapien, ich bin der Meinung und das sagen auch viele Eltern mittlerweile, dass Zwangstherapien ein richtiger Weg sind, Drogenerkrankte sind Opfer, drogenerkrankte Personen sind Menschen, die nicht mehr Herr über ihren

eigenen Willen sind, sind Menschen, die nicht mehr über eigene Entscheidungen auf Basis ihrer eigenen Gesundheit treffen können. Wir haben die Situation, dass wir sehr wohl bei inderjährigen Jugendlichen, dass die Eltern ihre Kinder in Zwangstherapien einweisen, der sogenannte kalte Entzug dann so aussieht, dass die Kinder ihre Eltern am liebsten die ersten drei Monate für diesen kalten Entzug umbringen hätten wollen und im vierten Monat den Eltern um den Hals fallen und sagen, danke Mama, wenn du mich nicht hineingesteckt hättest, selber wäre ich nie mehr herausgekommen, weil dem Erkrankten, dem Drogenerkrankten ist es ja selbst nicht aufgefallen.

Wir haben in einem anderen Bereich bei Menschen, die volljährig sind, das Problem, dass die sich in ihrer Abwärtsspirale befinden, aus dieser Abwärtsspirale nicht herauskönnen, weil durch ihre eingeschränkten Sinne auch nicht herauswollen und da wir gerade im österreichischen Rechtssystem die Sachwalterschaft, der richtige Weg die Sachwalterschaft, die besonders im ländlichen Raum bekannt ist, dass man alles besachwaltet, wo man mittlerweile erben kann, dass mittlerweile ein Missbrauch in dem Land mit Sachwalterschaften stattfindet, aber dort, wo wir die Sachwalterschaft brauchen, sie nicht anwenden können, nämlich bei Menschen, die drogenerkrankt sind, die volljährig sind, wo die Eltern keinen Einfluss mehr haben und daher die Eltern ihre Kinder nicht mehr einer Zwangstherapie zuführen können. Und ich rede nicht davon, dass ich einen 45-jährigen zwangstherapieren will, sondern ich will jene therapieren, die zwischen 18, 25, 26 unter den Drogen leiden und mit 31 Selbstmord begehen oder nicht mehr auf unserer Erde sind, weil die Zivilgesellschaft mehr oder weniger versagt hat. Und natürlich neben der Ausweitung der Sachwalterschaft natürlich auch eine Verdoppelung des Strafrahmens beim Suchtmittelgesetz. Ich glaube tatsächlich, dass Drogendealer Mörder an unserer Gesellschaft sind und daher sollen wir sie auch wie Mörder behandeln und daher auch durchaus den Strafrahen im Suchtmittelgesetz, der als Höchststrafe eine 15-jährige Haftstrafe, wo man bei guter Führung nach vier Jahren ohnedies wieder munter spazieren geht, nachdem einem der Herr Bundespräsident, von dem wir heute so oft gesprochen haben, im Rahmen der Weihnachtsamnestie wieder pardonierte, dass das auch für eine Zivilgesellschaft untragbar ist und ich daher durchaus sage, in schweren Fällen Delikte gegen das Suchtmittelgesetz auch wie Mord zu behandeln und die Verdoppelung der Strafrahen im Suchtmittelgesetz zu veranlassen. Last but not least,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Ich brauche halt immer einen Intellektuellen am Rednerpult, dann geht es auch ein wenig leichter, ob du damit die Arbeit der Massen begeistern kannst, weiß ich nicht. Aber gut, das war jetzt wieder Polemik. Last but not least, Soko Drogen durch die Grazer Polizei, bin wirklich der Meinung, dass wir hier auch oder vor allem ansetzen müssen bei jenen Menschen, die unsere Jugend vergiften und dass wir auch diese Drogendealer mit aller Härte des Gesetzes verfolgen sollen und müssen. Aber dazu brauchen unsere Exekutivbehörden auch eine optimale Ausstattung und daher treten wir auch für die Einrichtung einer Soko Drogen durch die Grazer Polizei mit einem Mindestausmaß von 30 Mitarbeitern oder mehr ein.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Bürgermeister der Stadt Graz sowie die weiteren Mitglieder des Stadtsenats werden aufgefordert, einen entsprechenden Vorschlag zur Errichtung von Schutzzonen gegen die Drogenkriminalität auszuarbeiten und diesen Vorschlag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat tritt die Stadt Graz an die Sicherheitsbehörden mit dem Ersuchen heran, entsprechend dem Vorschlag der Stadt Graz geeignete Schutzzonen auf Grazer Stadtgebiet zu verordnen. Von dieser Schutzzonenverordnung sollen in erster Linie die öffentlichen Plätze der Stadt Graz, Grazer Schulen, Kindergärten, Kindertagesheime und Parkanlagen umfasst sein.

2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert im Wege einer Petition die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend, Frau Dr. Andrea Kdolsky, auf, ein Verbot der Ersatzdroge Substitol so rasch als möglich zu veranlassen.

3. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Bundesregierung im Wege einer Petition auf, alle notwendigen Schritte zu Einführung einer Zwangstherapie zu setzen. Schwere Sucherkrankungen sollen in Zukunft als Grund für eine Sachwalterschaft möglich sein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diesem Ziel entsprechende Änderungen der Gesetze dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzuschlagen.
4. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die Bundesministerin für Justiz im Wege einer Petition auf, eine Regierungsvorlage über die Verdoppelung der Strafrahmen im Suchtmittelgesetz vorzubereiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesministerin für Inneres für die Einrichtung einer Soko Drogen im Stadtpolizeikommando Graz mit zumindest 30 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten, einzutreten.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche um Ihre Zustimmung.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Drogenproblematik ist für uns alle ein ganz, ganz wichtiges Thema. Meine Fraktion hat sich aber heute entschlossen, da auf der Tagesordnung ein themenähnliches Stück von Dr. Wolfgang Riedler eingebracht wird, im Zuge der Tagesordnung noch breit darüber zu diskutieren und deshalb wird meine Fraktion der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR. Mag. **Mariacher**: Zum Thema der Drogen fällt mir immer was ein, weil das ein sehr wichtiges Thema für unsere Gesellschaft ist und ich möchte ganz konkret natürlich auf das eingehen, was der Gerald Grosz gesagt hat. Manchen der Punkte, die auch in dem dringlichen Antrag drinnen sind, stimmen wir natürlich zu, weil sie seit Jahren unser Thema auch sind und unseren Standpunkt betreffen, wie zum Beispiel zur Einrichtung von Schutzzonen, zur Wiedereinrichtung der Soko Drogen,

die es ja schon gegeben hat und deren Auflösung wir damals sehr kritisiert haben und die sicherlich ein Fehler war. Wir sind aber bei einem unseres Erachtens sehr wichtigen Thema anderer Ansicht als der Gerald Grosz, nämlich zum Thema der Zwangstherapie von Drogenabhängigen. Ich empfehle da durchaus meinem Kollegen, dass er sich da verstärkt einliest in die entsprechende gesetzliche Materie des Ärztegesetzes, des Patientenrechtes, weil dann würde er wissen, dass die Ärzte dazu verpflichtet sind, zu heilen und zu bessern, nicht umsonst wird ja auch die ärztliche Tätigkeit als Heilkunst beschrieben und definiert. Sie haben daher nicht die Aufgabe, Patienten einer Behandlung, einer Untersuchung, einer Operation, was auch immer, zuzuführen, wenn der Patient es nicht möchte, das ist rechtlich nicht erlaubt und ein Drogenabhängiger ist in keiner Weise jemand, der rechtlich schon besachwaltet ist, wo jemand anderer rechtlich für ihn etwas tun kann, sondern er kann auch als Drogenabhängiger, auch wenn er einer Droge unterliegt, die natürlich, sage ich einmal, eine Abhängigkeitserkrankung ist, wie auch immer die zustande gekommen ist...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, ich unterbreche Sie nicht gerne, aber es geht um die Dringlichkeit dieses Antrages und nicht um den Inhalt.

Mag. **Mariacher**: Ich erkenne die Dringlichkeit des Themas zu diesem Punkt, der Teil des Antrages ist und es natürlich die Dringlichkeit auch betrifft. Die Frage der Drogen muss einer verstärkten Thematisierung zugeführt werden im politischen Diskurs und dazu dient auch, dass man auf diese Frage im Rahmen der Dringlichkeit eingeht und sie sollte meines Erachtens wirklich in einem umfassenden Konzept bearbeitet werden, der interdisziplinär ist, das viele Bereiche betrifft. Wir stimmen daher grundsätzlich der Dringlichkeit zu, sind aber in einigen Punkten inhaltlich anderer Auffassung, das wollte ich unterstreichen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Versagen in der Energiepolitik – Bruch des Wahlversprechens von VP-Bürgermeister Siegfried Nagl

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Mir wurde heute bereits vorgeworfen, einen Hauch der Bundespolitik in die heiligen Hallen des Grazer Rathauses gebracht zu haben, nein, wir werden einen Hauch Landespolitik hereinbekommen. Der Antrag, der heute vorliegen wird, ist die 1:1-Umsetzung des Antrages von Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Drexler, er dürfte vielleicht dem einen oder anderen Gemeinderat der ÖVP hin und wieder durchaus bekannt sein, der gemeint hat vor einigen Tagen, den Landeshauptmann der Steiermark wegen der Strompreissituation zu quälen. Und auch hier haben wir den zweiten Bereich, wo offensichtlich sich SPÖ und ÖVP ein wesentliches und wichtiges Thema der Energieversorgung der Grazerinnen und Grazer wie eine heiße Kartoffel hin- und herschieben. Wir haben es heute schon so oft gehört, wir haben es so oft gehört, wie es den Menschen in unserer Stadt geht. Wir haben gehört, was ihnen fehlt, wir haben gehört, wie viel sie mehr für den Treibstoff zahlen müssen, wir haben gehört, wie die Nahrungsmittel gestiegen sind und wir haben gehört, wie auch die Energiepreise steigen. Und weil wir im November vorigen Jahres wussten, dass der Energiepreis der Energie Graz GmbH auch kräftig angehoben wird, hat damals folgerichtig Bürgermeister Siegfried Nagl, der leider Gottes bei der Aufzählung des Bruchs seiner eigenen Wahlversprechen nicht mehr hier im Gemeinderat anwesend ist, über Medien angekündigt, mannhaft und standhaft wie er ist, na selbstverständlich frieren wir den Energiepreis in Graz ein. Grazerinnen und Grazer wählt mich, denn ich bin der starke Sigi und garantiere euch günstige Strompreise. Danke Sigi, was haben wir jetzt mit Juli 2008, auch erhöhte Strompreise in Graz. Und ich bin durchaus der Meinung, dass sowohl ESTAG als auch Energie Graz GmbH es

durchaus in der Hand hätten bei all ihren Wünschen nach Gewinnen eine soziale Strompreisgestaltung walten zu lassen. Und wenn schon beide Betriebe, beide Unternehmen nicht in der Lage sind, sozial zu denken, so erwarte ich mir zumindest von der Politik, dass sie sozial denkt. Landeshauptmann Voves hat folgerichtig vor der steirischen Landtagswahl oftmals Landeshauptfrau außer Dienst Waltraud Klasnic, volkstümlich gesagt, vor sich hergeschmalzt, weil sie nichts dagegen getan hat, die Strompreise in der Steiermark einzufrieren oder die Strompreise zu senken. Uns allen sind noch die hohlen Worte im Ohr, wenn ich Landeshauptmann bin, wird es zu keiner Erhöhung des Strompreises kommen, hat es noch mit seiner für ihn typischen Handbewegung quittiert und damit hat Petzibär Voves die Wahlen gewonnen. Fakt ist, dass wir seit diesem Tag mehrmals und insgesamt um 12 % den Strompreis in der Steiermark in die Höhe geschmalzt bekommen haben. Und ich bin durchaus der Meinung, dass wir in Graz diese Strompreiserhöhung verhindern können, zumindest diese Strompreiserhöhung zurücknehmen können.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich gerne Bürgermeister Nagl an seine Worte erinnern: Selbstverständlich werde ich den Strompreis einfrieren, egal was uns vom Land und vom wortbrüchigen Herrn Voves erwartet. Und die Frage ist jetzt, was macht jetzt Bürgermeister Nagl, friert er die Strompreise ein mittels seinem Beteiligungsreferenten, der jetzt den Vorsitz im Gemeinderat führt, hält er sein Versprechen gegenüber den tausenden Grazerinnen und Grazern oder hält er sie nicht? Es ist fünf nach zwölf, die Strompreise sind erhöht, wir haben eine Rekordinflation und daher...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Wir haben fünf vor neun.

GR. **Grosz:** Fünf nach, nicht fünf vor, 33.000 Menschen in Graz unter der Armutsgrenze ist fünf nach zwölf, da reden wir nicht mehr, dass wir noch einige Tage Zeit haben, da ist Management gefragt, da sind Handlungen gefragt, da sind Entscheidungen gefragt und da sind charaktervolle Menschen gefragt, die wenigstens zu ihrem eigenen Wort, zu ihrem Versprechen stehen. Was habe ich von

einem Bürgermeister zu erwarten, dessen Handschlag nicht mehr gilt, was ist das für ein Bild, das die Stadt abgibt gegenüber den eigenen Menschen?

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Beteiligungsreferenten Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi sowie die in die Graz AG entsandten Aufsichtsratsmitglieder der Stadt, Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker, auf, die von der städtischen Graz AG-Tochtergesellschaft Energie Graz GmbH & Co KG durchgeführten Strompreiserhöhungen durch eine umgehend zu veranlassende Senkung der Strom- und Energiepreise um zumindest 4 Prozent rückgängig zu machen. Für jene, die jetzt sagen, es wird nicht gehen, denen sei der Beschlusstext vorgehalten, dem sie Herrn Landesrat Voves, der unter gleichen Beteiligungsverhältnissen die ESTAG führt, von Herrn Klubobmann Drexler noch einmal in Erinnerung gerufen wurden, wer lügt in diesem Land. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Gemeinderat Grosz! Sie haben in der Energiepetition, im Antrag der Energiepetition der KPÖ, einen allgemeinen Preisstopp verlangt, Sie verlangen jetzt eine allgemeine Senkung der Strompreise...

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist unser Unternehmen.

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Und was Sie damit machen ist (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), Sie machen Folgendes, Sie fordern im Namen der Kleinen Vorteile für die Reichen. Die verlangen einen allgemein Preisstopp und das ist asozial. Ich würde Sie wirklich bitten, in Zukunft zuerst zu recherchieren und dann Anträge zu schreiben, weil diese Änderung und dieses neue Tarifmodell ist ein erster Schritt in Richtung Ökologisierung. Ich würde Sie wirklich bitten, das zu lesen, dann würden Sie nämlich feststellen, dass alle Haushalte, die weniger als 2000 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen, und das sind immerhin ein Drittel der Privatkunden, für die gibt es keine Strompreiserhöhung. Des weiteren ist es so, dass es für Familien mit zwei oder mehr Kindern 30 Tage gratis Energie gibt und ich frage mich, warum das in Ihrer Wahrnehmung nicht vorkommt, warum Ihnen das entgangen ist.

Zwischenruf GR. Grosz: Erklären Sie das den Grazerinnen und Grazern.

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Und daher werden wir der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 21.00 Uhr den Vorsitz.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, Kollege Gerald Grosz! Der Herr Bürgermeister ist von dir angesprochen worden. Der Bürgermeister hat durch sein Absetzen von der Tagesordnung, es war damals ein Erhöhungsantrag am Ende beziehungsweise am Beginn des Jahres hier vor der Wahl, noch im Gemeinderat vorgesehen. Er hat damit allein bis zum heutigen Tage den Grazerinnen und Grazern einen Strompreisvorteil von drei Millionen Euro gebracht.

Ich wollte das nur festhalten, weil man hier ja über Ziffern redet und über Belastungen redet. Das Land Steiermark gibt über die ESTAG eine Strompreiserhöhung von vier Prozent weiter und stellt sie durch. Die Stadt Graz erzeugt keinen Strom, sondern die Energie Graz bezieht diesen Strom. Dein Antrag hätte im Landtag gestellt werden müssen, aber dort ist das BZÖ bekanntlich nicht vertreten. Hier ist der falsche Platz dafür. Allein heuer würden durch ein Nichtangleichen, ein Nichtdurchstellen dieser Erhöhung der Bezugskosten der Stadt Verluste bringen von fünf Millionen Euro, die im öffentlichen Verkehr abgehen würden. Wir können nicht auf Dauer Erhöhungen nicht durchstellen. Wir tun alles, was das abmindert und die Durchstellung schwächt und die Belastung der kleinen Leute. Meine Vorrednerin hat aufgezählt, es gibt Bevölkerungsgruppen, die nach dem von der Stadt ausgehandelten Modell günstiger gestellt werden. Kinderreiche Familien, Minderbezieher. Es ist also eine, soweit es möglich war, eine Abfederung erfolgt, aber wir können nicht auf Dauer Erhöhungen auffangen, das kann die Stadt nicht tragen, wir sind aber selbstverständlich bereit, und der Bürgermeister hat es bewiesen, und wir werden es im Rahmen unsere Energiepolitik auch weiterhin machen, alles zu tun, um die Energiebelastungen für die Bevölkerung möglichst gering zu halten. Danke, wir stimmen daher dem Antrag nicht zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den vergangenen acht Stunden, die wir uns jetzt hier im Gemeinderat aufhalten, schon einige Anträge jetzt gehabt, die sich mit dem Thema Armut beschäftigt haben und ich glaube auch, dass das ein sehr, sehr wichtiges Thema ist, wenn man bedenkt, dass es in Österreich jetzt schon mehr als eine Million armutsgefährdete Personen gibt. Und ich würde mir wünschen, wenn wir uns die Zeit nehmen würden, dieses Thema vielleicht einmal in einer eigenen Enquete oder irgendwas als Gemeinderat umfassend abzuhandeln und dass man die Zeit, die man manchmal im Gemeinderat verpuffen lassen, und da haben wir heute uns auch einige Stunden ersparen können, so für sinnvollere Dinge nutzen können. Fakt ist aber auch, wenn man den Antrag vom Kollegen Grosz jetzt hernimmt, dass er da auf ein Wahlversprechen von Bürgermeister Nagl Bezug nimmt und da erinnere ich mich jetzt an einen Artikel, den es vor ein paar Tagen in der Zeitung gegeben hat, jetzt ganz treffend ausgedrückt,

deshalb ist er mir ganz gut in Erinnerung geblieben, da hat man geschrieben, dass angesichts der drohenden Strompreiserhöhung, die damals angekündigt war in Graz, so etwas wie ein Hauch von Sherwood Forest ist es genannt worden, eingezogen ist, weil unser Bürgermeister in der Gestalt als Robin Nagl oder Siegfried Hood, wie man es halt bezeichnen will in der Stadt aufgetreten ist und gesagt hat, mit mir gibt es keine Strompreiserhöhung. Und wenn der Kollege Grosz da von sechs Prozent schreibt, dann hat er untertrieben, was ich nicht geglaubt hätte, dass er das schafft, dass er einmal untertreibt in einem Antrag. Ich habe da, nachdem früher der Vorwurf war, man soll nicht den Eindruck erwecken, dass man von Gerüchten spricht, ich habe da das Wahlplakat der ÖVP als Beweisstück A sozusagen mitgebracht, da steht drinnen, im Dezember hat Siegfried Nagl die von der SP vorgeschlagene 16-%ige Strompreiserhöhung abgewendet. Leider ist vom Robin Nagl oder Siegfried Hood nicht sehr viel übriggeblieben, wie man gesehen haben und das Einfrieren des Strompreises war im Winter sicher leichter wie im Sommer, ist auch klar, weil im Sommer bei dieser Hitze ist das Einfrieren ein bisschen schwerer, ist so. Kann aber auch sein, dass die Erkenntnis jetzt ins Lager der ÖVP Einzug gehalten hat. Mich verwundert auch, warum die Landes-ÖVP sich nicht zu Wort gemeldet hat, hat sie doch im Land, wie eh schon zitiert wurde, den Herrn Landeshauptmann ordentlich geprügelt für seine Aussage, dass er als Landeshauptmann nicht in eine Aktiengesellschaft eingreifen kann. Aber wie gesagt, vielleicht ist die Erkenntnis...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Er hat auch etwas anderes gesagt.

Mag. **Haßler:** Der Bürgermeister hat auch etwas anderes gesagt vorher, vielleicht ist die Erkenntnis ins Lager der ÖVP eingezogen, was ich als positiv werten kann und jetzt muss ich zu dem Punkt kommen, warum wir der Dringlichkeit auch nicht zustimmen können. Wenn der Kollege Grosz am Dienstag, da ist er in der ersten Reihe da vorne auch gesessen...

Zwischenruf GR. Grosz: Weil ihr wieder umgefallen seid.

Mag. **Haßler**: Nein, Kollege Grosz, am Dienstag bei der Jubiläumsfeier des Stadtrechnungshofes, da warst du in der ersten Reihe vorne, hast wahrscheinlich leider geschwätzt wie meistens. Wenn du aufgepasst hättest und den Ausführungen des Prof. Nitsche gefolgt und der Prof. Nitsche hat sehr treffend, und leider ist es so, ausgeführt, dass Aufsichtsräte auf Vorstände in der AG keinen Einfluss haben, das heißt, Vorstände in der AG sind weisungsunabhängig. Deshalb bei aller Bemühung im Aufsichtsrat, sie müssen sich daran nicht halten. Leider haben wir das verabsäumt, dass man das anders geregelt hätten, wo man als Politik mehr Zugriff noch hätte, so in der jetzigen Konstellation geht es leider nicht. Das Einzige, was wir machen könnten, wäre, dass wir irgendein Sozialpaket machen, einen Strombonus oder so irgendwas, das könnten wir als Gemeinderat beschließen. Aus diesem Grund können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich erlebe immer wieder, wenn es um kritische Fragestellungen geht, wenn es um knifflige Themen geht, die man nicht sofort auf der Stelle vielleicht beantworten kann, will, mag, wie auch immer, und es da Verwicklungen oder Verknüpfungen gibt, seitens der Stadt Graz mit anderen Organen wie dem Land Steiermark, dass es dann heißt, na da kann man ja eh nichts tun, weil wir sind ja nur minderheitsbeteiligt, und zum Thema Energie, das Ganze macht eh das Land Steiermark und die ESTAG und der Landtag und der Vorstand ist sowieso eigenständig und eigenverantwortlich und weisungsungebunden usw., dann habe ich heute gehört, ich habe ja aufmerksam zugehört, dass die Grünen der Meinung sind, zum Thema Energiepolitik da kann man ja eh nichts machen, das macht ja der ganze Weltmarkt und da müssen wir schauen, wie die Börsenspekulationen laufen, wie sich Kuwait entscheidet und wie das im Iran weitergeht, also alles Dinge, die weit, weit weg von den Problemen der Menschen führen und da denke ich mir, na Moment einmal, das kann es doch wohl nicht sein. Wenn wir mit der Energie Graz eh noch eine Beteiligung haben, zwar eine zu kleine,

wie ich meine, aber wenn wir eine Beteiligung haben und wenn wir ein politisches Ziel haben und wenn wir den Menschen helfen wollen, dann müssen wir uns doch gefälligst einmal auf die Hinterfüße stellen und den Verantwortlichen im Land Steiermark sagen, so hätten wir es gerne, so wollen wir es haben, diese Ziele verfolgen wir. Das kann nicht sein, dass man sich dann zurückzieht, die Hände in den Schoß legt, um zu sagen, ja wir werden überrollt, wir können nichts machen, das ist wohl zu billig und das kann man nicht unterstützen. In diesem Sinne danke ich dem Gerald Grosz, dass er das Thema zumindest thematisiert, auch wenn der Lösungsansatz von uns nicht so goutiert wird. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Wippel**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind die Folgen der Liberalisierung des Strommarktes. Den Verkauf des Energiebereiches bei den Stadtwerken haben allerdings auch diese Parteien mitbeschlossen, die jetzt da so stark dagegen auftreten. Wäre das alles noch in unserer direkten Zuständigkeit, wir könnten die Preise regulieren. Selbiges Argument gibt es ja auf Landesebene. Landeshauptmann Voves argumentiert, er kann nichts machen, weil er kann nicht in die AG eingreifen, weil man ja vorher immer davon geredet hat, man muss sich einen strategischen Partner erhalten. Was der strategische Partner dann tatsächlich macht, das erleben wir jetzt (*Applaus KPÖ*), eine Ökologisierung, da kann man immer noch darüber sprechen, das kann ja nebenbei trotzdem passieren, das soll auch passieren, aber Tatsache ist, dass, erleben wir tagtäglich, immer mehr Menschen daherkommen, die Zuzahlungen brauchen, vor allem für Energieleistungen, für Strom, für Heizung und gerade beim Strom kommen sie dann, weil ihnen der Strom abgestellt wird. Was hilft ihnen ein ökologischer Tarif, wenn sie überhaupt keinen Stromanschluss mehr haben (*Applaus KPÖ*). Unsere Fraktion stimmt deshalb der Dringlichkeit und dem Antrag zu (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.